

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljahr 1.50 M., monatlich 1.10 M., halbjährlich 5.50 M., für ins Ausland einzelne Nummern 5 Pfg. Sonntagsnummern mit Wochenschrift Sonntag-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Belegungs-Liste. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Stellengebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. Juli 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die irdische Dreieinigkeit.

Die Durchpreisung der Pfarrerebesoldungsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus hat symptomatische Bedeutung. Sie führt überaus drastisch die heilige Allianz zwischen Regierung, Geldsack und Kirche vor Augen. Die Kirche, die ja ein Werkzeug der sozialen Knechtung und Ausbeutung geworden ist, die an die Stelle der sozialen Gerechtigkeit, der werktätigen Nächstenliebe bestenfalls die Bettelstuppen der „Mildtätigkeit“ gesetzt hat, genießt begreiflicherweise die Gunst der Besitzenden und ihres Ausschusses, der Regierung. Deshalb traten auch alle Parteien, die das herrschende System der Ausbeutung am unerblichsten vertreten, für ein Gesetz ein, das eine unerhörte Begünstigung der Geistlichen vor allen übrigen Beamtengruppen bedeutet.

Wie lagen die Dinge? Auch die Geistlichen sollen an der Besoldungsverbesserung der Beamten teilnehmen. Die Summen, aus denen sich ihre Gehälter zusammensetzen, stammen nicht nur vom Staate direkt, sondern auch von den Kirchenbehörden. Die Kirche ist ja bei uns ein Zwittergebilde, halb abhängig vom Staat und den gesetzgebenden Körperschaften, halb unabhängig in ihrem Verwaltungsorganismus. So kann die Kirche eigene Steuern erheben, die indessen nichts anderes darstellen als eine besondere Form der Staatssteuern, die von den nicht aus der Landeskirche Ausgeschiedenen entrichtet werden müssen, sofern sie ein Einkommen von 1500 M. besitzen. Von den 17 Millionen, die die neue Besoldungsreform der Geistlichen erfordert, soll der Staat mindestens 10 Millionen direkt zahlen. Weitere 7 Millionen sollen jährlich und 8 Millionen einmalig durch Erhöhung der Kirchenumlagen, der Kirchensteuern, aufgebracht werden.

Diese Besoldungsreform hätte wahrhaftig gute Weile gehabt! Selbst wenn man nicht auf dem Standpunkt der Trennung von Staat und Kirche steht, hätte man sich mit voller Entschiedenheit dagegen wenden müssen. Auch mit 2400 M. Anfangsgehalt, dazu Haus, Hof und Garten, läßt sich ganz leidlich auskommen! Sollten aber die Herren, die dem Volke immer Entfugung und Zufriedenheit predigen, damit nicht auskommen können, so hätte die Kirche sich dadurch behelfen können, daß sie die mit Bischofsprüden besegneten Pfarrherren genötigt hätte, von ihrem überreichen Einkommen etwas an die Widermittelten abzutreten! Heißt es doch in einem Artikel des „Protestantenblattes“:

„Ebenso gibt es hier und da reiche Kirchenlassen, die im Werke wählen und sehr wenig für die Gesamtheit beitragen. Domstifte, wie das in Raumburg, zahlen Geld an Domherren, die es wirklich nicht nötig haben. Die General-synode hat seit ihrem Bestehen das Recht, die hohen Stünden und reichen Kirchenlassen zugunsten der Gesamtheit zu besteuern. Aber sie hat von diesem Recht noch nicht den geringsten Gebrauch gemacht. Das liegt lediglich daran, daß in der General-synode fast nur Leute mit seltenen Freunden sitzen. Jedenfalls muß die General-synode dringend an diesen Weg erinnert werden.“

Die Herren mit den fetten Prüden halten es allerdings für bequemer, das Drängen der minder günstig gestellten Geistlichen dadurch zu bestriedigen, daß sie durch Erhöhung der Kirchensteuern und durch einen Staatszuschuß von vielen Millionen eine „Aufbesserung der Geistlichengehälter durchzuführen suchen!

Daß aber selbst die Mindestgehälter der gebotenen Arbeitsleistung gegenüber selbst bei Anlegung des bürgerlichen Maßstabes durchaus nicht zu niedrig sind, oder aber, daß eine Erhöhung der Pfarrgehälter durch Beseitigung zahlloser Zwergparreien hätte geschaffen werden können, ohne daß die Gesamtheit auch nur einen Pfennig zu bezahlen brauchte, beweisen folgende Ausführungen des von einem Geistlichen stammenden Artikels des Pastorenblattes:

„Ich habe mir die Mühe genommen mit den neuesten Pfarr-Almanach für die Provinz Sachsen durchgeblättert. Dieser zählt 1577 Pfarrstellen auf. Davon umfassen 384 nur eine Seelenzahl unter 600 und 386 eine Seelenzahl von 600-1000. Das sind 770, die keine vollen Arbeitsträfte beschäftigen. Also fast die Hälfte. In allen diesen Fällen ist es kein Wunder, wenn man im Volke sagt: Der Pastor hat nichts zu tun, der Pastor ist nur ein Sonntagsarbeiter. Duzende von Stellen gibt es sogar, die haben unter 300 Seelen. Der Pastor weiß da wirklich nicht, wie er die Zeit durchbringen soll.“

Aber nein! gerade die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen sollte durchgesetzt werden! Ihnen wurde eine Extrawurst geboten. Man bewilligte ihnen die Mittel! Aber nicht nur die Mittel dafür, ihre wirklich nicht proletarischen und in Anbetracht ihrer Arbeitsleistung sogar glänzenden Gehälter aufzubessern, sondern man bewilligte ihnen auch die Mittel, in dem von Geistlichen überschwemmten Preußen neue geistliche Stellen schaffen zu können! Als ob wir an Geistlichen in Preußen Mangel litten! Als ob die Zahl der geistlichen Stellen vermehren nicht Eulen nach Athen oder Junker ins Dreiklassenparlament tragen hieße!

Die Blätter verschiedener Parteien vertreten jetzt nach der Annahme des Pfaffenbegünstigungsgesetzes denselben Standpunkt, den unser Fraktionsredner eingenommen hat. So schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Waren die neuen Kirchensteuern wirklich so dringlich? In einer Zeit, da die Steuerlast ohnehin fast bis zur Unerträglichkeit gesteigert ist? In einer Zeit, da — eine Folge unserer Wirtschaftspolitik — die allgemeine Lenzung ohnehin die persönlichen Ausgaben in Staat und Reich immer neue anwachsen läßt und somit auch dort immer neue Steuern drohen? Ja wenn es sich noch um kleine Beträge handelte; aber nach der Erklärung des Oberkirchenrats D. Voigt auf der letzten Generalsynode erfordert die Regelung der Pfarrergehälter nicht weniger als 8 Millionen einmalige und über 26 Millionen dauernde Ausgaben, von wovon letzteren 10 Millionen aus laufenden Staatsmitteln, die übrigen 16 Millionen aus erhöhten Kirchensteuern gedeckt werden sollen. Noch einmal: Wozu angefangen aller dieser schwerwiegenden Bedenken die tolle Eile?“

Sogar die „Germania“ schreibt, daß es doch einen eigenartigen Eindruck machen müsse, daß allein für die geplante Aufbesserung der Einnahmen der evangelischen Geistlichen schon jetzt die Gesetzgebungsmaschine in Anspruch genommen worden sei. Rüsse doch selbst die freisondervative „Post“ zugeben, daß durch das Vorgehen der Regierung dem zukünftigen Gesetzentwurf über die Aufbesserung der Geistlichengehälter durch Staatshilfe vorgegriffen werde. Man könne sich auch nicht des Eindrucks erwehren, daß die Beamten und die Volksschullehrer sich durch dieses Vorgehen zugunsten der evangelischen Geistlichen benachteiligt fühlen müßten. Schließlich beklagt es das führende Zentrumsorgan, daß die Gesetzvorlage der Sozialdemokratie Gelegenheit zu einer ihrer agitatorischen Reden gegeben habe. Ja, warum hat denn nicht ein Zentrumsredner der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln genommen, warum hat nicht das Zentrum gegen diese Extrawurst an die Geistlichen gesprochen und gestimmt? Aber freilich: Geschorene und Gescheitelte stehen am letzten Ende gegen die Volksinteressen jederzeit zusammen! Eine Herkulestrage haßt der andere die Augen nicht an! Die Vertretung der Volksinteressen ist dem „demokratischen“ Zentrum bei solchen Vorkommnissen vollständig nebensächlich!

Auch der Freisinn hat sich keineswegs mit der gebotenen Energie gegen die Extrawurst an die Geistlichen, diese unerhörte Vergünstigung der Geistlichen gewandt. Unterstützte doch der Freisinn nicht einmal den sozialdemokratischen Antrag, die erste und zweite Beratung des angeblichen Rotgesetzes der Geschäftsordnung gemäß bis zum Dienstag zurückzustellen! Und statt sich kräftig gegen die Regierung und die Mehrheit zu wenden, schwächte der Redner des Freisinn, Herr Wiemer, obendrein seine schwächlichen Proteste durch eine abgemessene Polemik gegen den Terror der — Sozialdemokratie ab!

Dabei wußte der Freisinn, wußte Herr Wiemer, um was es sich handelte. Führt doch Herr Wiemer selbst aus, daß die Annahme der Vorlage das Haus binde und bereits die formell erst im Herbst zu bewilligenden Staatszuschüsse festlege. Trotzdem vermochte sich der Freisinn zu keiner energischen Aktion gegen die Vorlage aufzuraffen. Der Freisinn muß eben auch im Abgeordnetenhaus die Rolle des gefügigen Blochhörigen spielen!

Die „Tägliche Rundschau“ jammert in einem Artikel über die unerschwinglichen Lebensmittelpreise. Die Preise haben, so führt sie aus, eine „geradezu besorgniserregende Höhe“ erreicht. Eine Unterernährung ist zu befürchten! Nicht nur die Gemüse- und Obstpreise sind ihrer Darstellung nach viel höher als in früheren Jahren, sondern auch die Kartoffelpreise, die Geflügelpreise, die Butterpreise, die Fleisch- und Brotpreise und die Kohlenpreise sind kolossal gestiegen! Trotzdem aber hat der preussische Landtag die Erhöhung der Kirchensteuern beschloffen. Alle diejenigen, die infolge der neuen Einkommensteuer-Rovelle vom Jahre 1906, die den Unternehmern die Denunziationspflicht des Einkommens ihrer Arbeiter und Angestellten auferlegt, mehr als 1500 M. Einkommen versteuern, müssen für die armen „notleidenden“ Geistlichen neue Steuern zahlen! Gegenüber dieser dreifachen Zumutung bleibt dem ausgebeuteten Volke der Arbeit nichts anderes übrig, als durch Austritt aus der Landeskirche dem preussischen Dreiklassenparlament einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen!

Alles schweige...

Im Prozeß Eulenburg ist am Mittwoch ein strenges Schweigegebot verhängt worden. Mit einem bewegten Appell an die Anständigkeit der Prozeßbeteiligten haben Oberstaatsanwalt und Vorsitzender an die Pflicht der Discretion gemahnt. Aber dieses mit den gemäßigtesten moralischen Prämissen gestützte Schweigegebot soll kein Schweigegebot sein.

Herr Oberstaatsanwalt Jzembiel hat es gesagt. Er hat anerkannt, daß kein Schweigegebot erlassen werden kann. Denn ein Schweigegebot ist nach § 175 des Gerichtsverfassungsgesetzes nur dann zulässig, wenn die Offenlegung wegen Gefährdung der Staatsicherheit ausgeschlossen worden.

Also kann im Prozeß Eulenburg kein Schweigegebot erlassen werden. Aber Herr Jzembiel und der Landgerichtsdirektor Kanzow wissen sich zu helfen. Sie erlassen kein Schweigegebot, sondern Appell an die Anständigen, in denen sie Discretion als Ehrenpflicht hinstellen.

So wird das Schweigegebot auf Umwegen erreicht. Deshalb aber sind die Herren so besorgt, da sie doch nach Jzembiel Versäuerung nichts zu verheimlichen haben? Wegen der Sittlichkeit?

Die bisherigen Meldungen über den Prozeßverlauf haben sie sicherlich in keiner Weise geschädigt. Aber die Herren beklagen Unrichtigkeiten in dem bisher Berichteten!

Es gibt ein unfehlbares Mittel dagegen: die Zulassung der Presse zu den Verhandlungen.

Aber das mögen die Herren nicht!

Und so ist ihnen nicht zu helfen. Denn daß die Sensationspresse das Jagen nach Informationen aufgeben sollte, ist ausgeschlossen. Und Prozeßbeteiligte, die sich sagen, daß sie alles tun dürfen, was ihnen das Gesetz nicht verbietet und daß sie im Gesetz absolut nicht begründete Privatmeinung des Herrn Oberstaatsanwalts und des Vorsitzenden über die Pflichten der Prozeßbeteiligten nichts angehen, werden sie auch wohl finden.

Journalisten, die etwas auf sich halten, wird allerdings der Spionierdienst, den die Sensationspresse ihren Angehörigen zumutet, auf die Dauer unerträglich werden. Und wir verstehen es durchaus, wenn die Berichtskorrespondenz Thiele heute im Anschluß an ihre (in der Beilage wiedergegebenen) Mitteilungen über den Prozeß schreibt:

„Bei der ganzen Sachlage und angesichts der heutigen Erörterungen über die Presse, schließen wir hiermit unsere Berichte über den Prozeß Eulenburg, und überlassen den Lesern, sich selbst ihre Gedanken über diese etwas ungewöhnlichen Vorkommnisse gegen die Offenlichkeit zu machen. Ist schon an sich entwürdigend für den Journalisten, gewissermaßen als Schlagbaumhüter Hundentlang vor der verschlossenen Tür auszuweichen, um auf Schleichwegen einige Kenntnisbrocken zu erhaschen, für deren Richtigkeit er keine Gewähr übernehmen kann, so können wir auch den Appell an die Gentleman nicht unberücksichtigt lassen, und müssen auch in dieser Eigenschaft unferreschlich die deprimierende Tätigkeit dieser Art Berichterstattung einstellen. Unseren Lesern wird wohl schwerlich viel daran liegen, täglich einige gleichgültige Neugierigkeiten zu erfahren, während sie über die Entwicklung dieses beispiellosen forensischen Dramas nicht auf dem Laufenden erhalten werden können.“

Platz für den Scharfrichter!

Paris, 28. Juni. (Fig. Ver.)

Die Kleinbürgerliche Denkweise ist von jeher der Abschaffung der Todesstrafe nicht günstig. In dieser Epoche des sogenannten gesunden Menschenverstandes hat das scheinbar so einleuchtende Vergeltungsprinzip seine Domäne. Nichter Lynch ist hier heimlicher Kaiser und dem Nachgedanken gefüllt, aus der Stube des prägelinden Vaters und Lehrern herabsteigend, die Idee der Abschaffung. Die moderne Großstadt mit ihrer entarteten Presse leidet der Vultigier der von dunklen Instinkten beherrschten, unbeherrschten Menschen verhängnisvollen Vorwand. Was nützt es, daß ab und zu ein Leitartikel die Meinungen der gebildetsten, weitblickendsten Geister über Strafmaß und Strafvollzug vertritt, wenn jedes blutige Verbrechen der Anlaß zum infamsten Geschäft wird, wenn bluttriefende Marmarikel die Bevölkerung in Angst und Wut versetzen, wenn die verbollkommnete Illustrationskunst den Kopf des Mörder, vom Halbweiß glatt abgeschritten vorführt und die Verkäufer auf den Boulevard das von einem finlen Fabrikanten erdachte „Spiel“: Der Verbrecher unter der Guillotine ausbieten. Hat doch sogar nach dem Lustmord des Soffiland eine große Zeitung die Niederrichtigkeit gehabt, eine Umfrage über die Todesstrafe unter den Altersgenossinnen des erlöschten Kindes zu veranstalten!

Es ist nicht zu leugnen: Populär war die Aufhebung der Todesstrafe auch früher nicht und wenn sich die Regierung dennoch zu ihrer Beantwortung entschloß und in der Kammerkommission auch eine Mehrheit fand, so wirkte das neben den historischen Einflüssen der Ausklärungsphilosophie der Antike, den die französische Gesellschaft in der letzten Krise der Republik von der Arbeiterklasse erhalten hatte. De facto aber war die Todesstrafe seit dem Beginn der Präsidentschaft Fallières, der ihr überzeugter Gegner ist aufgehoben. Kein Wunder, daß sich die Demagogie der Antirepublikaner und der Vultspelulanten der „unparteiischen“ Presse zunächst gegen den Präsidenten wendete. Was da namentlich der alte Schuft Roge fort geleistet hat, der Fallières konsequent als Mitschuldigen Soffilands, als Protektor der übrigens wahnwitzigen „Kinderwürgerin“ Jeanne Weber bezeichneter, war geradezu ungeheuerlich. Es geriet Fallières zur Ehre, daß er dieser infamen Bege nicht nachgegeben und sein Wagnadigungsrecht unerschütterlich angesetzt hat. Sein Verhalten aber war auch politisch klug, da es das Parlament vor die Notwendigkeit stellte, die durch die tatsächliche Abschaffung der Todesstrafe geforderte Reform des Strafvollzugs in Angriff zu nehmen.

Zunächst aber arbeitete die Kommission ein Gesetz über die Abschaffung der Todesstrafe aus. Der vom Bericht erstatter Herr Cruppi verfaßte Motivenbericht ist eine vortreffliche Zusammenfassung aller aus Theorie und Praxis geschöpften Argumente für diese Reform. Die Stimmung in der republikanischen Mehrheit schien ihrer Annahme nicht ungünstig.

Jedoch wie alle anderen Reformprojekte der Regierung Clemenceau blieb auch dieses geraume Zeit liegen. Und nun ist es völlig aussichtslos geworden. Die letzten sensationellen Worte in Paris und ein Prozeß gegen eine Raubmörderbande, die jahrelang das französisch-belgische Grenzgebiet terrorisiert hat, haben die Kleinbürgerlichen Denken befangenen Massen — und man weiß, daß

er auch ein beträchtlicher Teil des Proletariats noch dazu gehört — hat beeinflusst, daß den bürgerlichen Parlamentariern der Mut fehlte, der demagogischen Welle standzuhalten. Die Kommission hat schleunigst umgesattelt und beantragt nun die Aufrechterhaltung der Todesstrafe. Nur die Öffentlichkeit der Hinrichtungen soll künftig entfallen und die Exekution im Gefängnis vor sich gehen. Der Nachfolger des unterdes ins Handelsministerium übergetretenen Herrn Cuyppel wollte den Unfall nicht mitmachen und demissionierte. Die Regierung hätte die Angelegenheit gern vertagt, aber nun, da es gilt, reaktionäre Massenbedürfnisse zu erfüllen, hatten es die Herren Parlamentarier eilig und am Freitag soll der aus der Mode gekommenen Humanität feierlich der Laufpaß gegeben werden.

Die Frage bleibt aber, was die Parlamentarier tun wollen, wenn Herr Fallières den schönen Mut seiner Meinung auch weiter besitzt und die Menschenötung von Justiz wegen ebenso hemmt wie bisher. Daß sie das Vorrecht des Chefs der exekutiven Gewalt gerade in einem Augenblick beschneiden sollten, wo es einer höheren, von den meisten noch unbegriffenen Idee dient, ist doch nicht anzunehmen.

Der Scharfrichter wird also wenigstens formell in Amt und Würden wieder eintreten und die Zeit erwarten, wo ihm keine Präsidentengnade mehr in den Arm fällt. Das ernste soziale Problem aber, das durch die Wiederherstellung der blutigen Rache- und Abschreckungsmaßnahme so täppisch gelöst werden soll, bleibt in seiner furchtbaren Unlösbarkeit bestehen. Wie das Eigentumsverbrechen ein Produkt der wirtschaftlichen Zustände, des materiellen und moralischen Massenelends, so ist die Zunahme der gewalttätigen Delikte, der steigende Blutrausch eine allgemeine Verfallserscheinung, die unsere Epoche mit früheren untergehenden Gesellschaften teilt. Der Lustmord liegt am Ende der Pinte, die mit der von jung und alt gierig verschlungenen Kriminalliteratur und mit den schrecklichen Vorkämpfern beginnt. Und diesem aus tausend Quellen fließenden Strom des Verbrechens will man den Richtblock als Damm in den Weg stellen!

Niemand wird leugnen, daß die Gesellschaft, ehe die notwendigen großen Umwälzungen ihren ganzen Boden sanieren, Schutzmaßnahmen gegen das anschwellende Verbrechertum ergreifen muß. Aber der Versuch der herrschenden Klassen zeigt sich darin, daß sie, vor diese Aufgabe gestellt, alle Besinnung und Besinnung verlieren und in der Justizbarbarei enden, deren Bekämpfung einst zu ihren stolzeinsten Ruhmesstücken gezählt hat. Wiedereinführung der Todesstrafe hier, Wiedereinführung der Prügelstrafe dort und gleichgültiges Verschlagen, wenn der politische „Verbrecher“ in Rußland, in Spanien, in Rumänien, in Persien geschlagen, gepeitscht, gefoltert, ermordet wird. Um den Besitz, die Besinnung und die Herrschaft der Besitzenden zu erhalten, ist keine Greuelthat zu greulich. Und die Weisheit eines Zeitalters, das wie kein anderes zuvor die unerschöpfende Kraft wissenschaftlicher Erkenntnis wirken gesehen hat, stüchelt sich unter den Blutmantel, der um das schrecklichste Gespenst des Mittelalters flattert.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Juli 1908.

Wie wir vorausgesetzt haben,

sucht sich die „Freisinnige Zeitung“ damit herauszureden, daß sie mit den „Radikalen“ in unverantwortlicher Stellung, die das Wort demokratisch unnützlich im Munde führen, ohne vom Wesen der Demokratie mehr als den Namen zu kennen, nur die Herren Barth und Genossen gemeint habe. Sie versichert, daß sie dabei an Herrn Professor v. Liszt „überhaupt nicht gedacht habe“. Selbst wenn man dieser Versicherung Glauben schenken wollte, so läßt es darauf gar nicht an; entscheidend ist vielmehr die Tatsache, daß die „Freisinnige Zeitung“ die von Herrn v. Liszt herrührende Idee, als einen von „Radikalen“ usw. gegebenen Ratsschlag hinstellt. Bei der bekannten Verlogenheit der „Freisinnigen Zeitung“ liegt aber gar kein Grund vor, ihr zu glauben, daß sie nicht auf Professor v. Liszt gezielt habe. Bestimmt ist es doch fertig, schlantweg zu behaupten, Professor v. Liszt sei gar nicht der Urheber des Gedanken, die Zustimmung zur Reichsfinanzreform abhängig zu machen von einer Reform des Wahlrechts in Preußen. Sie muß aber wissen, daß diese ihre Behauptung das Gegenteil der Wahrheit ist. Somit ist es viel wahrscheinlicher, daß sie mit ihrer Schimpferei gerade den Professor v. Liszt gemeint und nur die Barth und Genossen vorgeschoben hat, um dem eigentlichen Angegriffenen die Abwehr zu erschweren. Bei einem anständigen Blatt würde man ja dergleichen nicht vermuten, aber bei der „Freisinnigen Zeitung“ ist alles möglich.

Der Mantel der christlichen Liebe.

Am verflochtenen Montag, dem katholischen Feiertage Peter und Paul, hat das ganze ultramontane Deutschland das fünfzigjährige Priesterjubiläum des Papstes Pius X. gefeiert. Daß das im heiligen Köln, dem deutschen Rom, mit besonderem Pomp gefeiert ist, versteht sich von selber. Man hatte ein besonderes großes „Kölner Katholiken-Komitee“ eingesetzt, das von langer Hand her Vorbereitungen treffen mußte, und dieses Komitee hat dann außerdem auf Anregung des Kardinals Dr. Fischer einen Aufruf zum Bau einer Papskirche in Köln erlassen, die zu Ehren Pius X. dessen Namen tragen soll. Unter den siebenzehn Vorstandsmitgliedern des Komitees, die den Aufruf unterzeichnen, finden wir folgende Namen: Justizrat Dr. Julius Wachem, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Koeren, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Trimborn, Reichstags- und Landtagsabgeordneter de Witt, Gutsbesitzer Franz Sillens.

Herr Franz Sillens im Vorstande des Kölner Katholikenkomitees! Man traut seinen Sinnen kaum; denn Franz Sillens ist der nämliche Herr, der sich durch seine großen Skandalprozesse einen Namen bis über die Grenzen des Reiches hinaus gemacht hat, ist der nämliche Herr, dem durch eine große Reihe Zeugen, insbesondere hohe städtische Beamte, die unglaublichsten Klügelien und Scheltungen, der raffste Rixbrauch seines Stadtverordnetenmandats, die gewissenloseste Grundstückspekulation nachgewiesen worden ist; Herr Sillens ist der nämliche Herr, von dem der Kölner Beigeordnete (Bürgermeister) Sieberger befandete, daß er ihm durch sein schamloses Treiben geradezu sein Amt vererbt habe, und dem gegenüber der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Kölner Katholikenzentrums, Justizrat Kaufen, erklärte: Nur über meine Leiche kommt Sillens in die Liefbahn und die Stadterweiterungskommission. Es ist der nämliche Franz Sillens, der seine Laufbahn damit begann, daß er als Bürgermeistereiassistent sich von einer Prostituierten schmieren ließ und von dem ebenfalls vor Gericht festgestellt wurde, daß er damals die Erben einer in Köln-Ehrenfeld gestorbenen anderen Prostituierten um mehrere tausend Taler hat bemogeln wollen. Dieser Mensch sieht trotz seiner moralischen Hinrichtung in öffentlicher Gerichtsverhandlung, nach so kurzer Zeit, schon wieder mit an der Spitze der Kölner Zentrumskatholiken, deren Führer bei den

Wahlkämpfen er vordem so lange gewesen ist. Der Mann sieht nach kaum Jahresfrist wieder zusammen an einem Tisch mit dem Kardinal-Erzbischof von Köln, mit den Spitzen der deutschen Zentrumspartei und dem Gründer und Vorsitzenden des Männervereins zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit, Geheimen Justizrat Koeren! Und da wagt es die Zentrumspresse, von den Bankrotter Vorkommnissen als einem „neuen sozialdemokratischen Standal“ zu sprechen! —

Kinderschutz im württembergischen Landtag.

Die Bauordnung ist von den schwäbischen Landesboten glücklich erledigt worden, bis auf die Schlussabstimmung. Es muß erst eine Zusammenstellung aller Beschlüsse und Abänderungen des Entwurfs gefertigt werden, damit die Abgeordneten studieren können, was sie eigentlich beschlossen haben. Denn die Zahl der Abänderungen ist Legion.

Das Biechinderwesen beschäftigt sodann den Landtag. Schon vor einem Jahre hatte Genosse Dietrich auf die Notwendigkeit eines durchgreifenden gesetzlichen Schutzes der armen Kinder hingewiesen, die der sorgenden Liebe der Eltern entbehren müssen. Er hatte insbesondere auf den Handel mit Tiroler Kindern verwiesen, die an oberbayerische Bauern und Gutsbesitzer veräußert werden. Es sind in der Regel katholische Weibliche, die diesen Kinderhandel — denn als etwas anderes läßt sich dieses Unwesen nicht qualifizieren — in Händen haben. Sicherlich aus edlen Motiven. Die Kirche läßt sich ja nur und ausschließlich von edlen Motiven leiten. Leider gewähren die guten Absichten, die mit dem Kinderhandel verfolgt werden sollen, durchaus keinen Schutz vor starker, die Kräfte des kindlichen Organismus weit übersteigender Ausbeutung. Daß die armen Kleinen, die zum Viehhüten und anderen landwirtschaftlichen Verrichtungen verwendet werden, nicht selten auch noch brutalen Mißhandlungen ausgesetzt sind, ist durch eine ganze Anzahl Gerichtsverhandlungen erwiesen.

Dieser Kinderhandel spielte auch in die Verhandlungen des Landtags hinein, wenn auch der Gesetzesentwurf der Regierung, das Biechinderwesen betreffend, diese armen Kleinen ausschließt. Denn die Tiroler „Hütelinder“ stehen in einem Arbeitsverhältnis. Das Gesetz will aber nur die Pflegekinder einem verstärkten Schutz unterstellen. Genosse Dietrich war es wiederum, der auf das Schicksal der Tiroler Hütelinder hinwies; der sehr fromme Zentrumsmann v. Kienle, seines Zeichens Oberlandesgerichtsrat, brachte es dann über sein christliches Gewissen, den schmoochvollen Kinderhandel zu entschuldigen und zu beschönigen, so mit dem Einwand, daß die Kinder in dieser Zeit in der Heimat — dem hochkatholischen Tirol — keine Schule hätten, ein Einwand, den Genosse Hildebrand mit dem treffenden Zwischenruf beantwortete: „Das ist traurig!“

Der Gesetzesentwurf macht die Annahme von Pflegekindern konzeptionspflichtig. Die Regierung wollte die Konzeptionspflicht nur für Kinder bis zum 6. Jahre festsetzen. Die Erste Kammer hatte das Schutzealter bereits auf 7 Jahre erhöht. Die Justizgesetzgebungscommission ist auch darüber hinausgegangen, sie beantragte, alle vollschulpflichtigen Kinder, auch wenn sie das 13. Lebensjahr bereits überschritten haben, dem Schutze des Gesetzes zu unterstellen. Bis zum 13. Lebensjahre sollen die Kinder ohne weiteres dem Gesetze unterliegen. Dem stimmte die Kammer zu. Die Aufnahme von Pflegekindern soll weiter nur solchen Personen gestattet werden, die nach ihren persönlichen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere auch nach ihren sittlichen Eigenschaften und nach der Beschaffenheit ihrer Wohnung zur Übernahme der Pflege ohne Gefährdung des Kindes geeignet sind. Wiederum war es das Zentrum, das sich mit aller Kraft gegen einen wirksamen Schutz der Kinder wehrte und Anträge über Anträge stellte, die auf weiter nichts hinausliefen, als das ganze Gesetz wirkungslos zu machen! Hier war es Genosse Heymann, der das Treiben des Zentrums mit überlegener Ironie kennzeichnete als den Versuch des Alerus, die Macht über das Biechinderwesen in der Hand zu behalten und dann weiter betonte, daß der vorliegende Gesetzesentwurf nur ein Schritt auf dem Wege zu einem wirksamen Kinderschutz sein könne. Der heftigste Kampf entspann sich um die Bestimmung, daß auch jene Personen und Anstalten, die Kinder unentgeltlich aufnehmen, der Kontrolle unterstellt werden sollen. Mit Händen und Füßen wehrte sich das Zentrum gegen diese Bestimmung, die der unter dem Deckmantel christlicher Nächstenliebe betriebenen Kinderausbeutung an den Stragen will. Mit dem Erfolg, daß ein vollparteilicher Abgeordneter einen skandalösen Fall zur Sprache brachte, der die Geschäftspraxis dieser „Nächstenliebe“ ins bestste Licht rückte. Es handelt sich um ein geisteschwaches Mädchen, das im Kloster untergebracht, sofort nach Erreichung der Volljährigkeit eben diesem Kloster sein ganzes Vermögen im Betrage von 85 000 Frank vermacht, gegen den Widerspruch der Eltern. Das Testament wurde denn auch schließlich zurückgezogen.

„Wieder einer.“

Zu dem in Nr. 149 unter obiger Stichmarke mitgeteilten Fall des angeblich wegen homosexueller Vergehen geflohenen Rittmeisters des 1. Arzts verendet das Polener Generalkommando an die Polener Lokaltresse folgende Berichtigung, welche allerdings die Tatsachen in keiner Weise berichtigt:

Die in Nr. 144 und 147 Ihres Blattes gebrachten Nachrichten sind nicht zutreffend. Eine Fahnenflucht des Rittmeisters des Arzts vom Regiment Königsjäger zu Pferde Nr. 1 in Polen liegt nicht vor. Die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen haben zu einer Untersuchung geführt, die bis jetzt ihn Belastendes nicht ergeben hat.

Der kommandierende General:
Graf Richthofen.

Die Vergehen, welche der Grund zur Fahnenflucht sein sollten (§ 175 und vorchristliche Vergehen) sind also zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht worden, die „bis jetzt“ nichts Belastendes ergeben hat. — Abwarten.

Oesterreich.

Das Attentat auf Potocki.

Lemberg, 30. Juni. Das Geschworenengericht verurteilte den Mörder des Statthalter Potocki, den Studenten Siczyński, zum Tode durch den Strang.

Belgien.

Die Kongodebatte.

Brüssel, 1. Juli. Die Kammer nahm heute die Generaldiskussion über die Angliederung des Kongostaates wieder auf. Ministerpräsident Schollaert erklärte: Der Kongostaat sei ein souveräner Staat wie jeder andere und nicht aus der Berliner Kongokonferenz hervorgegangen. Alle Mächte hätten dieselben wirtschaftlichen Rechte im Kongobassin und namentlich das Recht, Privatdomänen zu errichten und herrenlose Gebiete für sich zu beanspruchen. Die Rechte des Souveräns jedes Staates seien garantiert und der Berliner Vertrag unterscheide niemals zwischen Säußern und Starren, sondern sehe eventuelle schiedsgerichtliche Entscheidung vor. Die belgische Regierung sei entschlossen, allen ihren Verpflichtungen in vollkommener Unabhängigkeit gerecht zu

werden. Keine Macht habe jedoch die Absicht zu erkennen gegeben, Belgien irgend eine Verpflichtung aufzuerlegen; England und die Vereinigten Staaten hätten ausschließlich Wünsche geäußert.

Italien.

Giolittis Wehrheft.

Rom, 29. Juni. (Fig. Ver.) Die letzte Woche hat unsere Vorarbeiten über das Schicksal des Knebelgesetzes für die Beamtenhaft nur allzu vollständig bestätigt. Genau wie es aus den Händen des Senats hervorgegangen war, hat die Kammer das Gesetz angenommen, das der Regierung die Befugnis gibt, jeden Staatsbeamten zu entlassen, sobald er eine den bestehenden Staatseinrichtungen feindliche Gesinnung öffentlich betätigt. Die Majorität betrug 249 gegen nur 29 Stimmen. Noch nie ist ein Gesetz von dieser Tragweite von den Ordnungsparteien der italienischen Kammer so unverändert angenommen worden wie dieses hier. Ebenso wurde das Gesetz über neue Militärtausgaben, das eine Ausgabe von 200 Millionen für Artillerie und Grenzbesetzungen bedeutet, mit größter Eile durchgepeitscht. Die Verlagsanträge unserer Genossen erhielten nur 21 Stimmen, da die Radikalen mit der Regierung gingen.

Mit solcher Kammer kann wirklich „jeder Fiel regieren“. Giolittis Kunst bestand nur darin, eine solche Kammer zustande gebracht zu haben.

Die zweijährige Dienstzeit.

Rom, 1. Juli. In der Kammer wurde gestern die Gesetzesvorlage erörtert betreffend Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Giolitti beantragte die Vertagung der Debatte unter Hinweis auf die Notwendigkeit, daß die Kommission, welche eigens dazu ernannt worden ist, Resolutionsentwürfe für die Armee umzuarbeiten, zuerst diesen Punkt erörtern soll. Die Regierung wäre grundsätzlich für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, aber es läge kein Grund vor, die Frage vor den Ferien anzuschneiden. Der Vertagungsantrag wurde von den Sozialisten und einigen Abgeordneten, die in der Armee hohe Stellen einnehmen, bekämpft, aber trotzdem mit 160 gegen 67 Stimmen angenommen. Darauf wurde noch das Rekrutenkontingent bewilligt, worauf die Kammer in die Ferien ging. —

England.

Die Lage in Indien.

London, 30. Juni. Der frühere Vizekönig von Indien, Lord Curzon erklärte im Oberhause, das Unruhigende bei dem jüngsten Aufstand der Mohmands sei das Auftreten einer zum großen Teile aus Afghanen zusammengesetzten Macht gewesen. Es sei wichtig, daß zwischen England und dem Emir ein durchaus klares Einverständnis herrsche. Bezüglich des englisch-russischen Vertrages sei vom Emir noch keine Antwort eingegangen. Er hoffe bestimmt, daß eine befriedigende Antwort erfolgen werde. Redner bestritt sodann die innere Lage Indiens, welche Gegenstand größter Besorgnis gewesen sei. Die jüngsten Ereignisse seien nicht zurückzuführen auf vereinzelte Ursachen, sondern auf einen überlegenen Feldzugsplan gegen die britische Herrschaft. Er hätte gehofft, daß die gefährlichen Symptome nachlassen würden, aber man müsse rechnen mit einer immer mehr wiederkehrenden Erneuerung der Unruhen in Indien, weil die Ursachen nicht vorübergehend, sondern in gewisser Beziehung fast dauernde seien. Er wolle Morley nicht zu einer Politik des Schreckens oder der Unterdrückung drängen, aber er wünsche dringend, daß das Gesetz und die Ordnung aufrechterhalten werde.

Der Staatssekretär für Indien, John Morley, erklärte: Die Regierung habe die Politik einer dauernden Befestigung des Stammesgebietes, und dies sei das wahre Geheimnis des Erfolges der Expedition gewesen. Der Emir hätte sein Bestes getan, hauptsächlich in der letzten Periode der Mohmandexpedition, um in freundschaftlichem Geiste vorzugehen. Morley fuhr fort, er mißbillige die Bemerkungen Curzons bezüglich der Zustimmung des Emirs zum englisch-russischen Vertrage. Curzon habe seine Ueberlegung bezüglich der heißen Verhandlungen gezeigt, die nicht nur die Verhältnisse im Osten, sondern auch eine Reihe von europäischen Dingen betreffen, die mit den indischen Unruhen im Zusammenhang ständen. Die Regierung habe keine Wahl, sie müsse auf dem Wege der Reform beharren. Niemand könne eine Krise, durch die die Regierung jetzt gezwungen wäre, die Reformen hintanzuführen, ernst nehmen als er. Der Redner erklärte, die Regierung wolle die Resultate der Untersuchung abwarten und dann auf sie die administrativen Reformen gründen, die allen Klassen der indischen Bevölkerung die Gelegenheit geben sollten, ihre eigenen Angelegenheiten bis zu einem gewissen Grade selbst wahrzunehmen. Die Haltung Morleys wurde von den folgenden Rednern gebilligt.

Rußland.

Bewilligungseifer.

Petersburg, 30. Juni. In ihrer heutigen nichtöffentlichen Sitzung verhandelte die Reichsduma über zwei Vorlagen des Kriegsministers betreffend die Bewilligung von Mitteln zur Veranschlagung der Vorräte und Materialien und zum Bau der für diesen Zweck nötigen Gebäude und dann zur Erforschung strategischer Wege im westlichen Grenzgebiete. Das Haus bewilligte für die erste Vorlage 98 Millionen Rubel und für die zweite Vorlage 48 000 Rubel.

Die Landtagswahlen in Finnland.

Helsingfors, 28. Juni. (Fig. Ver.) Am 1. und 2. Juli finden in Finnland die Wahlen der Volkvertretung statt. Die Agitation wird sehr energisch geführt und die Sozialdemokratie verpricht sich die schönsten Erfolge. Die bürgerlichen Parteien haben ihr unerschöpfliches Agitationsmaterial gegeben, welches sehr geschickt und ausgiebig gebraucht wird. Auf Verlangen der Arbeiterorganisation soll am Wahltag in ganz Finnland die Arbeit eingestellt werden.

Persien.

Folterungen.

Während offiziöse Meldungen von fortgesetzter Beruhigung zu erzählen wissen, werden Einzelheiten über schreckliche Grausamkeiten bekannt, die die Kosaken des Schahs an den wehrlosen Gefangenen verübt haben. So wurden vier hervorragende Geiseln mit Blut beschmiert und mit zerhackten Köpfen und Gliedern und zerzaustem Bart von einer johlenden Abteilung Kosakern ins Lager geschleppt. Wail, der große nationale Prediger, wurde vor den Augen aller Gefangenen erdrosselt. Als er erst halbtot war, wurde der Strick gelockert, und die Fenster schnitten ihm darauf das Fleisch mit stumpfen Messern vom Leibe. Als er tot war, wurde sein Leib den Hunden vorgeworfen.

Die Kämpfe in Tabris.

London, 1. Juli. Wie das Neuterteche Bureau erfährt, ist in London heute früh aus Tabris ein privates Telegramm eingegangen, aus dem hervorgeht, daß diese Stadt von Achim Khan und seinen Reitern umzingelt ist. Die Bevölkerung von Tabris errichtet auf den Straßen Barricaden. Tag und Nacht wird ununterbrochen geschossen.

Französisch-Indien.

Eine Massenvergiftung.

Saigon, 1. Juli. In den Kasernen in Danoi sind zweihundert europäische Soldaten der Kolonial-Infanterie

an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Man glaubt, daß es sich hier um den Verlust einer Pflanzengattung handelt, da seit einigen Tagen eingeborene Unteroffiziere, die mit Räuberbanden in Verbindung stehen, von einem bevorstehenden Handstreich sprechen, zu Wasser diebstahlend anstiften und eine Erhebung gegen die Franzosen predigen. Zur Verhinderung der beschriebenen Erhebung sind sofort alle notwendigen Maßnahmen getroffen worden, die Anführer und Teilnehmer sind verhaftet.

Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie.

(Schluß.)

Im weiteren Verlauf der Montagssitzung referierte Genosse Schmid-München über die kommenden Gemeindevahlen; eine Diskussion schloß sich nicht an. Es folgte dann Beratung der zum Punkt Presse gestellten Anträge. Ein Antrag, ein Wochenblatt für die ländliche Bevölkerung Südbayerns zu gründen, wurde dem Landesvorstand überwiesen, ein Antrag, die „Gleichheit“ den Genossinnen gratis zu liefern, zurückgezogen. (Er soll auf dem deutschen Parteitag behandelt werden.)

Beim Punkt Agitation wird ein Antrag Dilling, daß jeder Verein jährlich wenigstens einmal von einem Landtags- oder Reichstagsabgeordneten zum Zwecke der Vertikalführung besucht werden solle, vom Parteitag zur Kenntnis genommen.

Zum Schluß beschloß der Parteitag mehrere Forderungen des Organisationsstatuts. Das wichtigste davon ist: Von den Mitgliedern des Landesvorstandes sollen künftig sechs am Vororte München wohnen, die übrigen drei sollen Mitglieder der einzelnen Gauverbände sein. Der Mindestbeitrag für weibliche Mitglieder soll 20 Pf. betragen, die Ortszuschläge sollen für Frauen ermäßigt werden.

Zu Vorsitzenden des Landesvorstandes wurden die Genossen v. Solmar und Adolf Müller, beide in München, als Sekretär Genosse E. Kuer-München einstimmig wiedergewählt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde der Parteitag geschlossen.

Von den am Montag nach dem Bericht der Landtagsfraktion angenommenen Resolutionen sind nachfolgende anzuführen:

Zur Wohnungsfrage.

Die heutigen Besitz- und Eigentumsverhältnisse, die Bevölkerungszunahme der Städte und der Industrieorte, die hauptsächlich aus Angehörigen der Arbeiterklasse besteht, ferner die Tatsache, daß die Privatbautätigkeit sich in der Hauptsache auf den Bau von nur großen Wohnungen erstreckt, haben zu Verhältnissen geführt, in denen den bescheidensten Wohnungsbedürfnissen des werktätigen Volkes nicht mehr Rechnung getragen ist.

Der Wohnungsmangel ist für das gesamte schaffende Volk zur Wohnungsnot geworden.

Es fehlt nicht nur an genügenden kleinen Wohnungen, sondern auch ein erheblicher Teil der vorhandenen ist schlecht und unzureichend. Im Sinne des Wohnungsprogramms der Sozialdemokratie fordert der Parteitag vom Reich, vom Lande und von der Gemeinde mit aller Entschiedenheit, in der Frage endlich die entsprechenden Schritte zu tun, wie es Gesundheit und Sittlichkeit unseres Volkes erheischen. Durch Erbauung von kleinen Wohnungen, die den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter entsprechen, kann die Wohnungsnot eingegrenzt und können schlechte Wohnungen verbessert werden. Die Erkenntnis, daß eine endgültige Lösung der Wohnungsfrage, eine dauernde Beseitigung der Wohnungsnot nur durch eine vollständige Umwälzung unserer Besitz- und Eigentumsverhältnisse herbeigeführt werden kann, darf die Parteigenossen jedoch nicht abhalten, mitzuhelfen, daß die jetzige Wohnungskalamität, soweit es heute möglich ist, gemildert werde.

Der Parteitag erlucht daher die Vertreter in den Parlamenten, in diesem Sinne zu wirken.

Den sozialdemokratischen Vertretern in den Gemeinden macht der Parteitag es zur Pflicht, dahin zu streben, daß die Gemeinden jetzt, zu der Zeit der großen Wohnungsnot, von den Versicherungsanstalten, der Invalidenversicherung und der Landeskulturankasse Kapitalien entlehnen und auf dem zur Verfügung stehenden Gemeindegrund kleine Wohnungen erbauen.

Zur Steuerfrage.

Der Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie verlangt 1. in Hinblick auf die geplante Steuerreform in Bayern:

1. Vollständige Beseitigung der durchaus veralteten Ertragssteuern, insbesondere der ungerechten Haus- und Grundsteuer.

2. Die Einführung der allgemeinen stufenweise steigenden Einkommensteuer, sofort verbunden mit einer ergänzenden gleichfalls steigenden Vermögenssteuer.

3. Dinaufhebung des Existenzminimums auf mindestens 1200 M., Schonung des Mittelstandes, starke steuerliche Heranziehung der hohen Einkommen und der großen Vermögen.

4. Schaffung eines gerechten und ertragsreichen Kommunalabgabengesetzes, verbunden mit einer hohen Steuer auf Baupläne und die Gewinne bei Grundstücksverkäufen. (Grundwertabgabe und Besteuerung des unbenutzten Wertzuwachses.)

2. In Bezug auf die Reichsfinanzreform:

1. Die Einführung direkter Reichssteuern, an der Spitze die Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer auf die Lebenden und Erbgängen unter weitgehender Freilassung der kleineren beweglichen und unbeweglichen Vermögen und starker Heranziehung der großen Erbschaften.

2. Die Verwerfung weiterer indirekter Steuern und Verbrauchsabgaben, wie auf Wein, Tabak, Rindfleisch, Insekten, Flecken, Düngungen, Gas und Elektrizität.

Inbesondere erlucht er in dem Plane Preußens, eine Abgabe auf Elektrizität, wenn nicht gar ein Reichsmonopol durchzuführen, einen brutalen und egoistischen Versuch, die wirtschaftliche Zukunft Bayerns zu hemmen und zu unterdrücken.

Der Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie verlangt von der bayerischen Staatsregierung, daß sie im Bundesrat die völkerverfeindlichen Steuerpläne Preußens, insbesondere auch die Heranziehung der Elektrizität zu Reichsteuerrzwecken, auf das schärfste zurückweist.

Aus der Partei.

Zwei stille Jubiläen.

Das „Hamburger Echo“ schreibt unter dieser Überschrift: „Am Montag waren 25 Jahre verfloßen, seit Genosse August Bebel erstmals in Hamburg 1 in den Reichstag gewählt worden ist — in der Nachwahl im Juni 1882. Der Stichtag, der 25. Juni, entschied seinen, der Sozialdemokratie Sieg. Die Arbeiter im Hammerbrook waren es, die den Ausschlag gaben, und ihnen ja auch die Ehre gebührt, den ersten Sozialdemokraten in die Hamburger Bürgerschaft gesandt zu haben.“

Unser hochverdienter Veteran Bebel ist seit einiger Zeit leidend und hat sich einer Kur zu unterziehen, die besten Erfolg verspricht, so daß wie hoffentlich bald den weißhaarigen Feuerkopf in voller Frische wieder in unserer Mitte begrüßen können. Einweilen aber hat er sich nach den Vorschritten seiner Ärzte zu richten, und so war es den Genossen im ersten Hamburger-Wahlkreis verjagt, das Gedenken des historischen Tages mit dem Hauptbeteiligten gemeinsam zu begehen.

Aus diesem Grunde wurde mit gutem Geschmac von einer festlichen Veranstaltung abgesehen und beschlossen, den Tag durch eine Mitgliederversammlung zu begehen, mit einer Tagesordnung, die gewiß dem Jubiläum als die passende erscheint.“

In der Versammlung schilderte Genosse Schaumburg die Vorgänge bei der Reichstagswahl von 1882. Sodann gab Genosse Stengele ein Bild des Werdens des heutigen roten Hamburgs in seinem Vortrage: Fünfundsanzig Jahre politischer Arbeiterbewegung in Hamburg.

Am verfloßenen Sonntag beging zu Nürnberg Genosse Hans Wörlein seinen 70. Geburtstag. Er war der Mitinhaber der früheren Nürnberger Verlagsbuchhandlung Wörlein u. Co., die den älteren Parteigenossen durch ihre Verlagswerke gut bekannt ist. Genosse Wörlein hat mit an der Wiege der bayerischen Sozialdemokratie gestanden.

Ein 50jähriges Jubiläum mit Fahnenweihe feiert am 12. Juli der Allgemeine Arbeiterverein Frauenfeld (Schweiz). Es ist von ganz besonderem Interesse, daß in der kleinen Hauptstadt des Kantons Thurgau, die heute 17 000 Einwohner zählt und die bis vor wenigen Jahrzehnten agrarisch-kleingewerblich war, schon vor einem halben Jahrhundert ein Arbeiterverein gegründet wurde und sich während eines so langen Zeitraumes behaupten konnte. Der Verein zählt heute zirka 40 Mitglieder und verfügt über eine Bibliothek von 255 Bänden, während deren im Jahre 1907 304 ausgeliehen wurden. Es pulsiert also auch frisches geistiges Leben in dem Verein, der lange Zeit die einzige Arbeiterorganisation war und dem wir auch fernherin Blüten und Gedeihen und erfolgreiche Wirksamkeit für die Förderung unserer Bestrebungen wünschen!

Eine internationale sozialistische Zusammenkunft findet auf Veranlassung der Landesorganisation der deutschen und österreichischen Sozialisten in der Schweiz am 2. August in Schaffhausen statt. Als Redner sind gewonnen die Genossen Reichstagsabgeordneter Ledebour in Berlin, Reichstagsabgeordneter Bernerstorfer in Wien, Arbeitersekretär Grimm in Basel und Arbeitersekretär Dr. Valär in Zürich. Die Zusammenkunft soll ein Protest gegen die von den herrschenden Klassen betriebene Verhöhnung der Völker gegeneinander sein und wird daher voraussichtlich eine starke Beteiligung der Genossen in den drei Grenzländern stattfinden.

Im neuen Heim.

Am 1. Juli hat die „Münchener Post“ die erste Nummer herausgegeben, die in dem neuen Betriebsgebäude Altheimer-Ed 19 hergestellt worden ist. Abbildungen zeigen den stattlichen Neubau und die neue Bierrollen-Rotationsmaschine. Ein Artikel: „Zum Thiergarten zum Altheimer-Ed“ schildert die Entwicklung der „Münchener Post“.

Die internationale Jugendkonferenz.

Genosse Otto Krille, der mit dem zurzeit in Festungshaft weilenden Genossen Liebknecht zusammen die internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Stuttgart arrangiert hat, ersucht uns um Aufnahme folgender

Erklärung.

Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress hat Genosse Robert Schmidt, ohne Widerspruch zu finden, über die im vorigen Jahre stattgefundene internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen laut Bericht des „Vorwärts“ folgende Worte geäußert:

„Auch die politische Partei will sich, so viel ich vom Vorstande gehört habe, in ihren politischen Entscheidungen nicht von den Jugendlichen hineinreden lassen. Sie haben ja an der internationalen Jugendkonferenz in Stuttgart gesehen, wie nicht gerade in erhebender Weise, aber mit außerordentlichem Eifer und mit der wichtigsten politischen Fragen von den Jugendlichen abgestimmt wurde. (Beizeiten.) Wie schön kam da das „Weltbewußtsein“ zum Ausdruck und der Stolz, Träger einer großen Idee zu sein.“

Als einer der tätigen Genossen bei der Veranstaltung der Konferenz muß ich diese von jeglicher Sachkenntnis unberührten Sätze nicht entschieden zurückweisen. Die Konferenz hat vollständig unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden. Außer einer Begrüßungsfeier mit Musik, Gelangs- und deklamatorischen Vorträgen und einer Rede von Mr. Bruce-Glasier über die „große Idee“ der englischen Sonntagsschulen ist die Konferenz überhaupt nicht an die Öffentlichkeit getreten. Wie man da von einem großen Eifer sprechen kann und noch dazu auf einer Seite, die nicht einmal die Ehr des Konferenzministers gesehen hat, ist wohl das Geheimnis des Genossen Schmidt, der mit einem spiritistischen Instinkt für „rabuläre Wurzelbäume“ ausgestattet zu sein scheint. Welches waren nun die wichtigsten politischen Fragen, die damals verhandelt wurden? Es war die Stellung der Jugendorganisationen zur internationalen Organisation, zur Bildungsfrage, zur Lehrlingsfrage, Staatstehrerfrage, Gewerkschaftsreform, zur Alkoholfrage und zum Militarismus. In dieser letzteren Frage entschied sich die Konferenz aber jedes eigenen Beschlusses, sondern forderte die Organisationen auf, im Sinne der Resolution des internationalen Sozialistenkongresses den Militarismus zu bekämpfen, zu welchem Kampf die Partei ja auch verpflichtet ist. Wo haben also die Jugendlichen versucht, in die politischen Entscheidungen der Partei hineinzuwirken, wo haben sie mit „außerordentlichem Eifer“ über die wichtigsten politischen Fragen abgestimmt? Man sieht, Schmidt hat sich selbst einen Vopanz gerecht gemacht, um desto vergnügter und selbstzufriedener auf ihn loszuschlagen zu können. Wer waren aber schließlich die Leute, die die Konferenz hauptsächlich leiteten und über die Schmidt mit solcher Arroganz urteilt. Es waren die Genossen Roland-Holtz und Sabadonoff, der österreichische Reichsratsabgeordnete Binarsky, der Schweizer Lehrer Baader, der englische Genosse Simpson-Ogford, die im Alter nicht hinter Schmidt zurückstehen, ihn sogar vielfach noch übertreffen, ferner die Genossen Liebknecht, Müller, Thewissen und einige jüngere. Der geistige Inhalt der auf der Konferenz gehaltenen Reden brauchte sich nicht zu verstecken, auch nicht vor dem Referat des Genossen Schmidt über die Jugendorganisationsfrage. Den Bericht über die Rede der Genossin Roland-Holtz, der das Referat nur sehr abgeklärt wiedergibt, hätte Genosse Schmidt nicht ohne pädagogischen Reiz lesen können, besonders auch im Hinblick auf die erhebliche Wirkung der Tätigkeit in selbstständigen Jugendorganisationen auch unter dem Reichsbereimgesetz. Die Konferenz der Jugendorganisationen ist würdiger Stuttgartzeit. Weniger erhehend ist allerdings die nachträgliche Herabwürdigung durch den Genossen Schmidt, nachdem die Einzelheiten der Konferenz von Unbefugten längst vergessen sind. Da solche im Ratse entstandenen apodiktischen Urteile sehr leicht zum eisernen Bestand der Argumente gegen die Jugendorganisationen gelegt werden, ist es notwendig, sie bei ihrem ersten Auftreten niederzuschreiben.

Otto Krille, Stuttgart.

Aus Industrie und Handel.

Internationaler Arbeitsmarkt.

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes während der letzten Monate tritt in den verschiedenen Ländern so übereinstimmend zutage, daß man hieron den internationalen Charakter der gewerblichen Depression ganz deutlich erkennen kann. Die Frühjahrsbelegung ist fast überall ausgeblieben, die Arbeitslosigkeit ging gerade in den Monaten zurück, in denen sonst der Beschäftigung nach den Herbstmonaten am lebhaftesten ist. Der Monat Mai hat fast durchweg eine Steigerung der Arbeitslosigkeit gebracht, die nur dem Grade nach in den einzelnen Ländern verschieden ist. Am stärksten hat die Beschäftigungslage in Großbritannien abgenommen. Noch nie war seit 1888 die Arbeitslosigkeit im Monat Mai so hoch wie im

laufenden Jahre, noch nie seit 1897 war in einem anderen Monat des Jahres die Arbeitslosenziffer überhaupt so hoch wie im Mai 1908. Die höchste Arbeitslosenziffer brachte während der letzten elf Jahre der Monat Dezember 1904 mit 7,6 Proz. Im Mai d. haben wir aber schon einen Stand von 7,9 Proz. erreicht gegen 7,5 Proz. Ende April und 3,4 Proz. Ende Mai 1907. Dieses ungünstige Bild wird hauptsächlich durch die trostlose Lage in einigen wenigen Gewerben herbeigeführt. Da ist vor allem der Schiffbau zu nennen, in welchem die Arbeitslosigkeit auf 26,1 Proz. gestiegen ist gegen 6,7 Proz. im Vorjahre. Im Maschinenbau wurde im Mai 9,5 Proz. Arbeitslose gezählt gegen 2,9 Proz. im Jahre 1907. Sodann war die Lage im Textilgewerbe sehr unbefriedigend. Im Baumwollgewerbe wurden umfangreiche Lohnherabsetzungen vorgenommen, die einen Rückgang des Lohnes um 3 Proz. gegenüber dem Vorjahre bedeuteten. In der Sammgarnspinnerei erreichten die Reduktionen sogar fast 10 Proz. Noch schlimmer sah es in der Leinenindustrie aus, wo die Löhne teilweise bis zu 18 Proz. herabgesetzt wurden. Im Bergbau erstreckten sich die Lohnreduktionen auf mehr als 120 000 Bergleute. Die Ungunst am Arbeitsmarkt zeigt sich auch an dem Ausgang der Streikbewegung im Mai: nur 906 Streikende erreichten einen Erfolg, während 16 046 die Arbeit ohne Erfolg wieder aufnehmen mußten.

Etwas geringer als in Großbritannien war die Depression am Arbeitsmarkt in Frankreich. Die Lage ist nicht so außergewöhnlich schlecht wie in Großbritannien, vielmehr haben frühere Jahre schon eine weit höhere Arbeitslosigkeit gebracht, als sie bisher im laufenden Jahre zu beobachten ist. Im Mai 1908 betrug nämlich die Prozentziffer der Arbeitslosen 11,9 Proz. gegen 9,6 Proz. im April und 5,9 Proz. im Mai 1907. Sie ist also in diesem Jahre von April auf Mai um 2,3 Proz. gestiegen, während sie in der Parallellage des Vorjahres um 1,2 Proz. zurückgegangen war. Eine Arbeitslosigkeit von 11,9 Proz. im Mai ist aber recht bedenklich, wenn auch bei der ganzen Art der Arbeitslosenabnahme in Frankreich die absolute Höhe der Arbeitslosenziffer mit Vorsicht zu deuten ist. Daß aber die Arbeitslosigkeit im Mai sehr ungenügend war, bestätigen die Berichte der Arbeiterkommissionen, von denen 678 Sendefaxe mit 9770 Mitgliedern die Arbeitslosigkeit als unbefriedigend bezeichneten. Gerade die großen Sendefaxe waren mit der Lage des Arbeitsmarktes nicht zufrieden. Eine merkliche Verschlechterung gegenüber den Vorjahren war für die Weinbergbauarbeiter zu konstatieren, während in der übrigen Land- und Forstwirtschaft die Arbeit etwas reichlicher war als im Vorjahre. Die Bautätigkeit wies ein ungleichmäßiges Gepräge auf; an einem Mauerstreik in Paris schloß sich eine Fortdauer der Beschäftigungslosigkeit, während in der Provinz ziemlich rege gebaut wurde. Im Textilgewerbe war die Lage des Arbeitsmarktes fast durchweg ungünstig; nur in den Bogen und Arbenen hielt sich die Arbeitslosigkeit noch auf der bisherigen Höhe. Im Seidengewerbe gab es keinen Distrikt, der von der allgemeinen Depression eine Ausnahme machte. Etwas besser war die Lage im Bekleidungs-gewerbe, das sich in der Hauptgeschäftszeit befand.

Eine ungünstige Entwicklung zeigte auch der Arbeitsmarkt in Belgien während des Monats Mai. Die Arbeitslosigkeit war nicht allein bedeutend größer als im Mai 1907, sondern auch die Verschlechterung von April auf Mai war in diesem Jahre sehr viel stärker als 1907. Es waren im Berichtsmontat 3,9 Proz. arbeitslos gegen 3,1 Proz. im April und 1,4 Proz. im Mai 1907. Die Arbeitslosigkeit würde noch höher erscheinen, wenn nicht die Diamantarbeiter in Antwerpen, die unter einem ganz außergewöhnlichen Arbeitsmangel leiden, bei der Durchsichtsberechnung außer Betracht blieben. Wie in Großbritannien und Deutschland war es auch in Belgien die Depression im Eisen-gewerbe, die die Steigerung der Arbeitslosenziffer verursachte. Ein unbefriedigendes Zeichen war es vor allem, daß auch im Bergbau die Arbeit nachließ. Da die Produktion erheblich über den Absatz hinausging, mußten Feuerstätten in großer Anzahl eingelegt werden. Außerst ungünstig war die Lage in der Glasindustrie. Trotz Lohnreduktionen und Betriebsbeschränkungen wurden noch weitere Entlassungen vorgenommen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika war die tatsächliche Lage des Arbeitsmarktes noch durchaus unbefriedigend. Der Warenverkehr lag noch sehr darnieder, wie die geringen Eisenbahneinnahmen zeigten. In der Eisenindustrie war von einer Besserung noch keine Spur wahrzunehmen.

Schwarzkerypflanz.

Unsere Notizen über die Versicherungsgesellschaft „Friedrich Wilhelm“ haben Erfolg gehabt. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Gesellschaft die Dittungsgelder zurückgezogen.

Dagegen scheint die Gesellschaft sich auf andere Art entschädigen zu wollen. Die 52. Woche dieses Jahres schließt für die Gesellschaft am Mittwoch, den 30. Dezember. Ein Tag — eine Woche, denkt die Direktion und beglückt die Versicherten mit einer Halbjahresmarken-latte, die 27 Markenselder aufweist. Der eine Tag reicht für eine Woche und kostet den Versicherten einen Wochenbeitrag. Schätzen wir diesen auf durchschnittlich nur 50 Pf., dann ergibt sich für die Gesellschaft für dieses Jahr eine Mehreinnahme von zirka 1 250 000 M. aus dieser Eintagswoche!

Der Viehaustrich im ersten Halbjahr 1908 auf dem hiesigen städtischen Viehhofe gestaltete sich wie folgt: 142 809 Rinder (1907: 137 876), 110 267 Kalber (111 054), 291 648 Schafe (290 678) und 892 142 Schweine (710 607). Es ist also bei den Rindern ein Mehr von 4384 und bei den Schafen von 970 Stück, dagegen ist ein Weniger bei den Kalbern von 1897 und bei den Schweinen von 15 435 Stück vorhanden.

Soziales.

Zur Reform der Arbeiterversicherung und die Versteigerung.

Auf der Jahresversammlung der „Freien Vereinigung schiffscher Ortskrankenkassen“, die am Montag in Freiburg stattfand, gab Genosse Frühdorf, der bekanntlich an der vom Minister v. Behrmann-Kallweg einberufenen Konferenz teilgenommen hatte, auf Antrag Mitteilung über die dort geflogenen Verhandlungen, soweit er sich dazu berechtigt hielt. Es war vom Minister ersucht worden, die Teilnehmer sollten vermeiden in der Öffentlichkeit und der Presse über die Stellung der einzelnen an der Konferenz beteiligten Personen etwas mitzuteilen. Diesen Wunsch wollte er auch befolgen. Nachdem aber in der Presse und besonders auf dem Versteigerung viele Einzelheiten bekanntgeworden seien, halte auch er sich für berechtigt, darüber zu reden. Die Arztfrage, so führte er aus, sei eine der wichtigsten Fragen, da 80 Proz. der Ausgaben der Krankenkassen von der Tätigkeit der Ärzte abhingen. Die Ärzte hätten sich im letzten Jahrzehnt wirtschaftlich zusammengeschlossen, um ihren Stand wirtschaftlich und ethisch zu heben. Dagegen könne niemand etwas haben. Der wirtschaftliche, sogenannte Leipziger Verband sei aber in rigorosster Weise aufgetreten, so daß vielfach selbst die Behörden sich ablehnend verhalten müßten, weil ihre Forderungen weit über den Rahmen des Zulässigen hinausginge. Die freie Arztwahl sei das A und O ihrer Forderungen. Die Stassen sollten gezwungen werden, alle Ärzte, die sich bereit erklären, zur Kasernenpraxis zuzulassen. Über das Arztstimmrecht müsse Sache der einzelnen Stassen bleiben, dürfte nicht von den Ärzten dekretiert werden. Das habe zu schweren Konflikten geführt. Versteigerungen bedeuten aber eine Angehörigkeit. Es sei etwas ganz anderes, wenn Arbeiter ihre Tätigkeit einstellen, um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, als wenn die Ärzte streiken. Im ersten Falle könne für einzelne oder mehrere Personen nur ein Schaden am Besitz entstehen, anders bei einem Versteigerer, bei dem die öffentliche Wohlfahrt und Gesundheit in schwerster Weise geschädigt werden könne. Das Ziel der Ärzte vom Leipziger Verband gehe nun dahin, die freie Arztwahl

n Geschehen wegen vorzuschreiben. Auf der Konferenz nun handelte es sich um das Verhältnis zwischen Kassen und Ärzten. Es wurden dort keine Beschlüsse gefasst; die Regierung wollte nur ein lares Bild gewinnen, wie in den beteiligten Kreisen über die Kassenfrage geurteilt wird. Deshalb seien offenbar auch Vertreter aller Richtungen und Kassenarten geladen worden. Es wurden da eine Zahl Fragen ventilirt. Ueber die Frage: Ist in Deutschland der Kurierzwang wieder einzuführen? waren die Ärzte aller Schattierungen einer Meinung: Sie wurde von allen vernint. Auch die Einführung eines Maximal- oder Minimalhonorars wurde ablehnend beantwortet. Von den den Kassen das Maximalhonorar, weil da zu befürchten ist, daß alle Ärzte nicht eher zufrieden zustellen seien, bis dieses erreicht sei, von den Ärzten die Minimalgrenze, weil sie befürchten, die Kassen würden nicht darüber hinausgehen. Dagegen dürfte als sicher kommend die Einigung von paritätisch zusammengesetzten Einigungsämtern und Schiedsgerichten, letztere mit weitgehenden Befugnissen versehen, angenommen werden. Sie hätten in Funktion zu treten, wenn kein Vertrag zwischen Kassen und Ärzten zustande kommen sollte. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß an eine gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl nicht zu denken ist. Am schärfsten wandten sich gegen die Forderung die Vertreter der Betriebskrankenkassen, während die Vertreter der Ortskrankenkassen darin einen viel gemäßigteren Standpunkt einnahmen und die Entscheidung darüber den einzelnen Kassen überlassen wollten.

Es könne als Ergebnis der Konferenz festgesetzt werden: Keine gesetzliche festgelegte freie Arztwahl, kein Kurierzwang, keine Maximal- oder Minimalhonorare, dagegen zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen Einigungsämtern und Schiedsgerichte, paritätisch zusammengesetzt, letztere mit ziemlich weitgehenden Befugnissen und unseren Beamten als Vorsitzenden.

Präsident forderte die in der Zahl von circa 200 erschienenen Kassenvertreter auf, dafür einzutreten, daß nicht die Krankenkassen eine Versicherung für die Ärzte werde, sondern für die Kranken bleibe.

Ein eigenartiger Chef.

Eine interessante Entscheidung fällt am Dienstag die I. Strafkammer des Kaufmannsgerichts. Der 19jährige Artur St. war als Kontorist bei der besagten Firma „Medico“, Inhaber Viktor Dickmann, tätig gewesen. Der Prinzipal sprach nun die sofortige Entlassung des Klägers aus, als er durch persönliche Beobachtungen, wie auch durch aufgefangene Briefe sich die Gewissheit verschafft hatte, daß er das im Geschäft des Beklagten angestellte Dienstmädchen H., welches auch zu gleicher Zeit als Laufmädchen tätig sein mußte, mit Vorkenntnissen verfolgte und die Rolle des Diebesverbers spielte. Wie der Beklagte ausführt, habe er, nachdem er davon Kenntnis erlangte, beide sofort entlassen, denn er könne ein solches Verhältnis, das sich sogar während der Geschäftstätigkeit bemerkbar machte, nicht dulden. Der Beklagte bringt dann eine von ihm aufgefangene Korrespondenz zwischen dem Dienstmädchen und dessen Mutter unter allgemeiner Weiterleitung zur Verlesung. Die Tochter schreibt der Mutter, daß außer dem Maurer, mit dem sie schon lange „geht“, auch der Buchhalter um sie werbe, denn er sei „ganz verückt nach ihr“. In diesem Herzenskloß erbittet sie den Rat der Mutter. In dem Antwortschreiben der Mutter heißt es: „Laß Dir nicht mit den Buchhalter ein, halte Dir an den Maurer.“ Der Kläger behauptet nun, daß er durch den Chef selbst gegenüber dem Dienstmädchen in eine prekäre Lage gekommen sei, denn er als 19jähriger Bursche sei dazu angehalten worden, dem 17jährigen jungen Mädchen die Konstruktion und die Herwendungsarten der von der Firma geführten hygienischen Gummiartikel, auch diejenigen diskretester Natur verständlich zu machen. Diese Behauptung wird von dem Beklagten nicht bestritten.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Firma zur Zahlung des Restbetrags von 178 M. Nachdem der Beklagte selbst die Situation erst geschaffen hatte, aus der sich dann die Diebelei ergab, kann er dann das Vorhandensein einer solchen nicht zum Vorwand der sofortigen Entlassung nehmen. — Der Vorsitzende bezeichnete noch die dem Kläger übertragenen „Aufklärungsarbeiten“ als „ein recht gefährliches Experiment“.

In der Tat ist es eigenartig, solche Lehrmethoden anzuwenden und gleichzeitig wegen durch Diebelei etwa der Geschäftstätigkeit entzogene Minuten die Entlassung zu verfügen.

Krankheiten vorzubeugen ist nicht Aufgabe der Krankenkassen, diese ist bürokratische Entscheidung hat der Breslauer Bezirksausschuß gefaßt. Die freie Hilfskassenkasse „Rekur“ hatte aus Kassenmitteln 1000 Exemplare einer Broschüre über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten an ihre Mitglieder verteilen lassen. Als bei einer behördlichen Säkularrevision der Posten gefunden wurde, klagte der Polizeipräsident Dr. Wieno als Aufsichtsbehörde gegen den Kassenvorstand auf Rückzahlung des verwendeten Betrags von 88 M. Nach § 13 des Hilfskassengesetzes dürften nur die im Gesetze vorgesehenen Leistungen aus Kassenmitteln gewährt werden. Die Ausübung der Propaganda sei nicht Sache der Krankenkassen. Der Bezirksausschuß schloß sich dieser Auffassung an und verurteilte den Vorstand zur Rückzahlung.

Gewerkchaftliches.

Eine Konferenz für das deutsche Baugewerbe

begann am Dienstag vor dem Berliner Gewerbegericht. Sie wurde am Mittwochmorgen um 10 Uhr fortgesetzt und war um 6 Uhr abends beendet. Es kommen für die Verhandlungen etwa 30 Orte in Betracht, wo Meinungsverschiedenheiten über den für das deutsche Baugewerbe gefällten Schiedsspruch entstanden sind und es ist die Aufgabe der jetzigen Konferenz, die vorhandenen Differenzen zu schlichten. Dabei scheidet die prinzipielle Seite der Frage über den Arbeitsnachweis als Kampfmittel gegen die Organisationen der Arbeiter aus den gegenwärtig gepflogenen Verhandlungen aus. Die Verhandlungen werden ruhig und sachlich geführt, und eine Reihe von streitigen Fragen in den verschiedenen Orten ist bereits zur Erledigung gekommen. Das Kollegium der Unparteiischen fällt mehrere Schiedssprüche, denen die Parteien sich fügen werden. Die Konferenz wird heute wieder zusammengetreten; die Öffentlichkeit bleibt bis zur Beendigung der Arbeiten ausgeschlossen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Drahtarbeiter!

Den Kollegen zur Mitteilung, daß nach § 1 unseres Tarifes vom 1. Juli d. J., die tägliche Arbeitszeit 8 1/2 Stunden beträgt. Ebenso machen wir unsere Kollegen auf den § 8 des Tarifes aufmerksam. Die Kollegen, welche mit ihrem Arbeitgeber wegen dieser Tarifangelegenheit in Differenzen geraten, ersuchen wir, sich in unserem Bureau zu melden.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Metallarbeiter!

Der Streik bei der Firma Tenner, Lehter Straße 18/19, dauert unverändert fort. Die Firma Tenner ist für sämtliche Metallarbeiter, sowie auch für andere in Betracht kommende Arbeiter bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Bildung eines Bezirkes Groß-Berlin

des Transportarbeiterverbandes wird zurzeit angefertigt. Die Filiale Charlottenburg des Verbandes nahm am Dienstag gegen eine Stimme eine Resolution an, in der einem solchen Zusammenschluß zugestimmt wurde.

Deutsches Reich.

In der Wagdeburger Gold- und Politureifenfabrik befinden sich die Bergolder seit Montag im Ausstand. Der fortwährende Wechsel der Fimmenthaber zeitigte jetzt auch 20 Proz. Abzug. Als die Arbeiter versuchten, weiteren Preisrückgängen vorzubeugen, kam es am Montag zu Differenzen. Die Vermittlung der Lokalverwaltung des Holzarbeiterverbandes wurde scharf abgelehnt. Ehrenpflicht aller Kollegen ist es, Magdeburg bis zur Beendigung des Ausstandes zu meiden.

Ausland.

Die Gasarbeiter von Budapest sind zurzeit im Ausstand, um eine von der Gesellschaft beabsichtigte Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Sämtliche Arbeiter der Gasfabriken mit Ausnahme derjenigen, die in der Gasfabrik zu Ofen beschäftigt sind, und den von der Gesellschaft aufgestellten Lohnstarif unterzogen haben, sind dem Ausstand beigetreten. Pioniere verrichten die Arbeit.

Die englischen Streikbrecher in Göteborg.

Obwohl Verhandlungen zur Beilegung des schwedischen Hafnarbeiterkonfliktes angeknüpft sind, kam am Montagmorgen mit dem Dampfer „Aristo“ aus Hull eine neue Ladung englischer Streikbrecher — nicht weniger als 350 Mann stark — in Göteborg an. Die Ankunft und Einlogierung vollzog sich in Ruhe. Als aber gegen 7 Uhr ungefähr 70 der Streikbrecher mit der Arbeit auf dem „Aristo“ beginnen sollten, kamen sich mehrere hundert Menschen am Hafen angeammelt, und gleichzeitig war eine zahlreiche Polizeimannschaft erschienen, die die Menschenmassen zurückdrängte und gleich darauf das ganze Hafengebiet außerhalb der Brücken absperrte. Die Massen blieben dicht gedrängt auf den nicht abgeperrten Straßen ruhig stehen. Plötzlich ging die Polizei mit gegengemem Säbel gegen die Volksmassen vor. Es entstand ein gewaltiger Tumult, bei dem die Polizei unbarmherzig auf die Massen einhieb. Mehrere Personen wurden verwundet, drei wurden nach dem Krankenhaus gebracht werden; Frauen und Kinder wurden niedergedrückt von den Pferden reitender Polizeileute.

Von der Polizei wird behauptet, daß die Massen absichtlich einen Straßenbahnwagen zurückgehalten hätten und sie deswegen so vorgehen mußte. Viel wahrscheinlicher ist es, daß der Straßenbahnverkehr ganz unwillkürlich durch die von der Polizei zusammengebrängten Massen gebremst wurde.

Die streikenden Hafnarbeiter waren am dem Tumult nicht beteiligt. Sie hielten zur selben Zeit in dem nicht weit vom Hafen liegenden „Winterpavillon“ der Arbeiterkommune eine Versammlung ab, mußten aber, da die Unruhe auf der Straße zu groß wurde, ihre Verhandlungen abbrechen.

Während die Polizei gegen die Massen vorrückte, entstand plötzlich eine Feuersbrunst in einem Warenlager am Hafen, die mehrere Schuppen zerstörte. Es dauerte zwei Stunden, bis der Brand gelöscht war.

Gerichts-Zeitung.

Vom Polizeischutz im Jandorf-Vogelst.

Aus Anlaß des Vorfalls über die Warenhäuser der Firma Jandorf hatten am Abend des 9. November 1907, als schon die Verhandlungen über die Beilegung des Streites zum Abschluß gelangt waren, vor Jandorfs Warenhaus an der Ecke der Brunnen- und der Veteranenstraße sich noch recht erregte Szenen abgespielt. Die Polizei, die in jenen Tagen auf Wunsch und Bitte der Firma vor den Jandorfschen Warenhäusern umherstand und die Durchführung des Vogels zu hindern sich bemühte, glaubte besonders in der Brunnen- und der Veteranenstraße die sich dort sammelnden Gruppen von Passanten mit bekannter Furcht „zerstreuen“ zu sollen. Am Abend des 9. November entstand an dieser Stelle dank dem Hebereifer der Polizisten schließlich eine gewaltige Menschenansammlung, gegen die nun mit all der Schneidigkeit vorgegangen wurde, die in solchen Fällen üblich ist. Unter den Polizeioffizieren, die damals mitwirkten, befand sich der Polizeihauptmann Paul Schmidt, derselbe Schmidt, der später, am 21. Januar 1908, am Schiffbauerdamm wie in der Charitéstraße die Säbelkate die Krone und dann vor Gericht durch kein Auftreten als Zeuge seinem Werk die Krone aufgesetzt hat. Im Kampfe für Jandorf ließ Polizeihauptmann Schmidt sich daran genügen, wie Sipterungen anzuordnen. Zu denen, die er herausgreifen ließ, gehörte ein Lithograph Haberlern: er sollte abends um 11 Uhr an der Kreuzung der Veteranen- und Fehrbelliner Straße die Aufforderung, sich zu entfernen, die von Herrn Schmidt docal an die Menge gerichtet worden sei, nicht beachten haben. H. kriegte seine Anklage und wurde vom Amtsgericht Berlin-Mitte (Schöffensabteilung 133) zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt. Er hatte bestritten, überhaupt eine Aufforderung gehört zu haben, und auch ein „Belastungszeugnis“ geladener Schutzmann hatte bestritten, er selber habe gleichfalls nichts davon gehört. Aber das Gericht sah die Aussage des Hauptmanns Schmidt als hinreichenden Beweis an und stellte sich auf den sonderbaren Standpunkt, H. habe aus dem Lärm der Menge, die ja erfahrungsgemäß allemal dann lärme, wenn sie aufgefordert werde auseinanderzugehen, den Schluß ziehen müssen, daß auch diesmal eine solche Aufforderung an sie gerichtet worden sei.

Der Verurteilte legte Berufung ein. In der Verhandlung vor der Berufungsinstanz, der 5. Strafkammer des Landgerichts I Berlin, hat nunmehr der zur „Belastung“ des Angeklagten geladene Zeuge Schumann Pöhl auf neue unter seinem Eide bekundet, er müsse, auch er habe nichts von einer dreimaligen Aufforderung des Herrn Hauptmanns gehört. Herr Schmidt suchte das daraus zu erklären, daß Pöhl hinter ihm gestanden habe. Zwei Zivilzeugen sagten aus, H. habe sich gar nicht in der Menge befunden, er sei nur kurze Zeit auf dem Damm sitzen geblieben, während die Menge auf dem Trottoir stand. Gegenüber diesen Bekundungen führte Polizeihauptmann Schmidt aus, der eine dieser Zeugen habe zu der fraglichen Zeit bereits drei Glas Bier getrunken gehabt, das habe er ja soeben zugegeben, er selber aber habe an jenem Abend keinen Alkohol genossen. Haberlerns Verteidiger Rechtsanwalt Th. Liebnecht beantragte Freisprechung. H. könne sich gar nicht an dem Aufstand beteiligt haben, das sei nach dieser Beweisaufnahme unzweifelhaft, die gegenteilige Behauptung des Zeugen Schmidt erkläre sich vielleicht aus einer Personenverwechslung. Die Richter zogen sich zur Beratung zurück, sie kehrten aber bald wieder, weil ihnen der Sachverhalt noch nicht hinreichend geklärt schien. Schmidt wurde gefragt, ob er seine dritte Aufforderung ausdrücklich als dritte und letzte bezeichnet habe. Er antwortete, das könne er nicht genau sagen, er glaube aber, daß er's getan habe, ja er glaube es bestimmt, denn das sei seine Gewohnheit. Nach nochmaliger Beratung gelangte dann das Gericht zu dem Urteil, der Angeklagte sei kostenlos freizusprechen, weil die Voraussetzungen des Aufstaparagraphen nicht gegeben seien.

Der Kautionschwindel im großen

hat der Malermeister Peter Kachel betrieben, welcher gestern auf der Unterjudenstraße der 3. Strafkammer des Landgerichts vorgeführt wurde. Der Angeklagte scheint ein Spezialist auf dem Gebiet des so überaus gemeingefährlichen Kautionschwindels zu sein, denn er ist bereits wegen dieses Vergehens mit zwei Jahren Gefängnis bestraft. Bald nach seiner Haftentlassung nahm er sein altes verbotenes Treiben wieder auf, so daß er sich jetzt in nicht weniger als 54 Fällen des Betruges vor dem Strafrichter zu verantworten hatte. Mit Hilfe von Stellenvermittlungsbureaus suchte sich Kachel in den Besitz von Abreisen launionsfähiger Leute, mit denen er dann erst schriftlich in Verbindung trat und sie als „Filialeiter“ oder „Kassierer“ engagierte. Den Filialeitern erklärte der Angeklagte, daß sie die Verwaltung von Zigarrengeschäften erhalten sollten, während er den als „Kassierer“ engagierten Leuten vorspiegelte, daß sie in seiner Säbelfabrik tätig sein sollten. Das Engagement machte er lediglich von der Zahlung einer Kautions abhängig. In dem Engagementsvertrage vertauschte er dann in geschickter Weise das Wort „Kautions“ mit „Geschäftsbeilage“. Bald nach der Einzahlung des Geldes kamen die engagierten Leute, zum Teil Arbeiter, Hausdiener und Handwerker, die einige mühselig erworbene Ersparnisse hatten, zu der Ueberzeugung, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen waren. Den „Filialeitern“ gegenüber kam er entweder gar nicht seinen Verpflichtungen nach, oder wenn er ihnen endlich auf entzweiigtes Drängen eine Filiale verschaffte, so handelte es sich um ein ganz minderwertiges Geschäft, das nach kurzer Zeit wieder einging. Die „Kassierer“ sind, mit wenigen Ausnahmen, überhaupt nicht in Aktion getreten, denn die angebliche Säbelfabrik bestand aus einer leeren Remise, in der einige Farbenöpfe und Leisten standen. In einzelnen Fällen hat der Angeklagte, als ihm von den Vereingefallenen mit einer Anzeige gedroht wurde, die Kautions zurückgezahlt. Seinen Opfern nahm der Angeklagte zum Teil Summen von 300 bis 800 M. ab; einem armen Bäckergehilfen, der sich mühevoll Geld erspart hatte, nahm er sogar 1800 M. ab, nachdem er ihn als „Geschäftsführer“ engagiert hatte. Vor Gericht stellte H. in Abrede, in betrügerischer Absicht gehandelt zu haben. Die Beweisaufnahme erbrachte jedoch ein erdrückendes Belastungsmaterial. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren. Das Gericht ging jedoch mit Rücksicht darauf, daß der schon vorbestrafte Angeklagte sich nicht geschont habe, zum Teil armen Leuten die teuer erworbenen Ersparnisse abzunehmen, noch über die beantragte Strafe hinaus und erkannte auf 3 Jahre Gefängnis. Zugleich wurden ihm mit Rücksicht auf seine überaus ehrlöse und gemeine Gesinnung die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Ein Urteil gegen eine Jugendblöde.

Gestern stand vor der Strafkammer die 15jährige Gertrud K. unter der Anklage des Einbruchdiebstahls. Sie war mit einem Dietrich in eine fremde Wohnung gedrungen, die auf demselben Hof wie die Wohnung ihrer Eltern lag und hatte aus einer unverschlossenen Kommode 3 Mark entwendet. Die Straftat wurde von der Angeklagten zugegeben. Das Gericht hatte vornehmlich darüber zu entscheiden, ob das Mädchen die zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlung erforderliche Einsicht bebesen hat. Zu den Akten war ein Gutachten des Gemeinrats Prof. Dr. Ziehen eingereicht, der auf Grund einer Untersuchung der Angeklagten zu dem Ergebnis gekommen war, daß die K. diese Einsicht nicht bebesen hat. Zu demselben Ergebnis war der Rektor der von der K. besuchten Gemeindefschule gekommen. Auch der in der Verhandlung anwesende Sachverständige Dr. Forster gelangte auf Grund der mündlichen Verhandlung zu dem Gutachten, daß das Mädchen schwachsinzig sei und der § 56 des Strafgesetzbuchs Anwendung finden müsse. Die K. habe bei der Untersuchung in der psychiatrischen Klinik nicht unerhebliche Defekte gezeigt. Trotzdem plädierte Staatsanwalt Weinmann auf Verurteilung der Angeklagten, indem er darauf hinwies, daß die Angeklagte in der Hauptverhandlung die Fragen des Vorsitzenden vernünftig beantwortet hätte und Zweifel an der Einsicht von der Strafbarkeit der Handlungen bei ihr nicht bestehen könnten. Er beantragte 8 Tage Gefängnis. — Der zum Verteidiger bestellte Referendar Dr. Galsan beantragte auf Grund des § 56 des Strafgesetzbuchs die Freisprechung, da die Sachverständigen übereinstimmend zu der Ueberzeugung gekommen seien, daß dieser § 56 Anwendung finden müsse. Die Tatfrage, daß das Mädchen in der Hauptverhandlung die Straftat eingestanden und die an sie gerichteten Fragen ordnungsgemäß beantwortet habe, sei gegenüber den Gutachten der Sachverständigen nicht ausschlaggebend. Die Angeklagte habe doch rein mechanisch, nachdem sie fast zehnmal über diese Sache vernommen worden sei, die Antworten auf die heute an sie gerichteten Fragen erteilt. — Das Gericht gelangte auf Grund der freien Beweiswürdigung zur Verurteilung der Angeklagten, und zwar zu einer Gefängnisstrafe von 3 Tagen. Das Gericht erachtete auf Grund der Verhandlung für erwiesen, daß die Angeklagte die erforderliche Einsicht bebesen habe. Im Verwaltungswege will das Gericht dafür eintreten, daß falls die Angeklagte sich zwei Jahre auf führt, die Strafe nicht vollstreckt werden soll.

Die Verhandlung zeigt aufs neue die Notwendigkeit, daß das Gesetz das strafrechtliche Zurechnungsfähigkeitsalter erheblich erhöht und daß an Stelle „gelehrter“ Richter mit den tatsächlichen Verhältnissen Vertraute und psychologisch Erfahrene Recht sprechen. Das Gericht schien von der völlig irdigen Ansicht auszugehen, daß die Angeklagte den Beweis zu führen habe, sie habe nicht die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht. Sonst hätte es nicht auf das Verhalten in der Hauptverhandlung entscheidendes Gewicht legen dürfen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ballon-Unfall.

Der lenkbare Militärballon des Majors von Groh, der gestern (Mittwoch) nachmittags 5 Uhr von Zegel aus seinen dritten Aufstieg machte und nach dem Charlottenburger Exerzierplatz geistert werden sollte, ist im Grunewald in der Nähe der Försterei Eichkamp in der letzten Abendstunde verunglückt. Der Ballon stürzte auf die Kiefernwaldung und hing sich dort fest. Die Insassen — sieben Herren an der Zahl — reiteten sich, indem sie an den Seilen zur Erde herunterkletterten. Zu den Vergungsarbeiten mußten Mannschaften des zweiten Garderegiments und die Feuerweh herbeigeholt werden. Die Feuerweh fällt mehrere Bäume, während die Soldaten teils den Ballon seilten, teils für die Absperrung der Unfallstelle Sorge trugen. Der Vorfall hatte eine ungeheure Menschenmenge herbeigelockt. Die Vergungsarbeiten dauerten über zwei Stunden; sie waren besonders schwierig, da der Ballon noch mit Gas gefüllt war und sich infolgedessen jeden Augenblick wieder erheben konnte. Nach dem Urteil von Sachverständigen ist die Hülle so gut wie gar nicht beschädigt, so daß der Ballon bald wieder gebrauchsfähig sein dürfte.

Die Entsetzungsur des Portefeulles.

Frankfurt a. M., 1. Juli. (B. S.) D-Zug-Diebe stahlen heute früh einem Herrn, der mit dem Zug 7.10 Uhr nach Marienbad reisen wollte, sein Portefeule mit 14000 M. Es gelang nicht, den Täter zu ermitteln.

Die Verdrossenen.

Genosse Bernstein sendet uns folgende

Antwort.

Wer sich getroffen fühlt, darf schreiben. Der demagogische Wuterguß des „Vorwärts“ über meine Wahlbetrachtung in den „Sozialistischen Monatsheften“ ist mir ein Zeichen, daß dieser Artikel den „Vorwärts“ an einer wunder Stelle berührt hat.

Ich würde angesichts dieses Umstandes die Antworten der Redaktion des „Vorwärts“ ignorieren können, wenn nicht die Leser des „Vorwärts“ ein Recht darauf hätten, den wahren Tatbestand kennen zu lernen, den die Redaktion ihnen vorenthält.

Ich stelle daher fest, daß mein Artikel „Epilog zu den preussischen Landtagswahlen“ hinsichtlich des von der Sozialdemokratie erzielten Wahlergebnisses sagt, daß die Partei Grund hat, auf es stolz zu sein, daß er die Wahl von sechs Sozialdemokraten — ich meine mich, nun berichtigend hinzusetzen zu können, von sieben Sozialdemokraten — in den Landtag als einen, wachhaft groharigen Triumph bezeichnet und weiterhin ausführt, daß, wenn künftig einer dieser kleinen Schar von Sozialdemokraten im neuen Abgeordnetenhaus sprechen wird, die Gegner, wie immer sie toben mögen, ihm das eine nicht abprechen können, daß hinter ihm die nach Millionen zählende Arbeiterdemokratie des Landes steht.

Soweit die „Verdrossenheit“, die der „Vorwärts“ mir andichtet, um die Tendenz meines Artikels desto bequemer verdächtigen zu können. Die Genossen Charlottenburgs, die mich am Wahlabend zu einer Ansprache über das Wahlergebnis einluden, und die Genossen, die seitdem mit mir verkehrt haben, werden ziemlich erstaunt sein, wenn „Vorwärts“ zu vernehmen, daß mich der Wahlkampf und das Resultat „verdrossen“ haben sollen.

Aber ich bin freilich unbescheiden genug, das erzielte Resultat für keine genügende Entschädigung der hingebenden Arbeit der zehntausende und abzehrenden von Genossen zu halten, die in diesem Wahlkampf so selbstlos sich betätigt haben. Noch sind die beiden Mehrheiten ungetroffen, die es zu stützen gilt, noch hat die konservativ-plutokratische Koalition 276, die konservativ-kerisale Koalition 257 von 448 Stimmen im Landtage zur Verfügung. Noch können diese Koalitionen dem wirtschaftlichen und kulturellen Befreiungskampf der Arbeiterklasse Hemmnisse aller Art in den Weg stellen, und noch steht es mit der Wahlrechtsreform so, daß, wenn dieser Landtag sie in die Hand nimmt, unsere Abgeordneten, wie ich in meinem Artikel ausgeführt habe, möglicherweise ihren ganzen Witz werden aufzubieten haben, das Zustandekommen dessen, was er zusammenbrauen wird, zu hinterziehen, daß irgendein Fortschritt in der Richtung der Demokratie von ihm nicht zu erwarten ist.

Das mag für gleichgültig halten, wer will, mir ist es nicht gleichgültig. Und da ich mich überzeugt habe, daß zu einem ernsthaften außerparlamentarischen Wahlrechtskampf sowohl die Stimmung in der Partei, wie die ihm günstige Konstellation der Kräfte fehlen, bleibt es meine Ueberzeugung, daß dahin gestrebt werden muß, eine Koalition aller Elemente zu ermöglichen, die materiell oder ideologisch am Sturz jener Koalition interessiert sind.

Daß die jetzige Führung der freisinnigen solcher Koalition fernbildlich ist, weiß jedes Kind. Es fehlt mir der Ausdruck für die gebührende Charakteristik des Versuchs, den der ungenannte Einsender in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ unternimmt, meinen Artikel im Heft 11 der „Sozialistischen Monatshefte“ in Widerspruch mit meinem jetzigen Artikel zu setzen. Er kann es nur dadurch, daß er — die raffinierte Form der Lüge — die Stellen unterdrückt, die für den Inhalt der Artikel wesentlich sind. Der Einsender hat allen Grund, sich nicht zu nennen. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat jenen ersten Artikel mit genau denselben Beweismitteln bekämpft, die nun gegen den Epilog-Artikel ausgepielt werden. Beide gehören nach Inhalt und Tendenz zusammen, sie sind aus einer Erkenntnis und in ein und demselben Geist geschrieben.

Und in diesem Geist werde ich weiter arbeiten, mögen die Redaktion des „Vorwärts“ und ihre Freunde Verdächtigung und Verleumdung noch so oft gegen mich spielen lassen. Es ist nicht das erste Mal, daß ich für das Aussprechen dessen, was ich verdächtigt wurde, was es gäbe eine recht nette Liste, wollte ich alle Vorwürfe zusammenstellen, für deren Verfertigung ich mit aller-

hand Geschmackslosigkeit sagen lassen mußte und die dann doch von der Partei für richtig erlaunt und befolgt worden sind. Man wird das getohnt, und man erträgt es auch, wenn diejenigen, die sie erst bekämpften, nun der Erfolg da ist, sich als die Träger des Patents ausstellen. Das Leben bietet viel Komik. Aber zu erleben, daß der „Vorwärts“ den schönen Erfolg, den uns die Beteiligung an der Landtagswahl gebracht hat, mir gegenüber als einen Sieg wider den Revisionismus hinstellen sich bemüht, das überwältigt.

Schöneberg-Berlin, den 26. Juni 1908.

Ed. Bernstein.

Wir geben die Ausführungen Bernsteins als menschliches Dokument wieder, obwohl wir zum Abdruck in keiner Weise verpflichtet sind. Daß wir Bernstein falsch oder unzulänglich zitiert hätten, behauptet er ja selbst nicht; daß wir aber seinen ganzen Konfusionserguß hätten abdrucken sollen, kann uns eben nur ein Eduard Bernstein zurechnen. Daß Bernstein die Berliner Genossen lobte (um umso ungenierter und hüttscheinbar größerem Rechte den „Vorwärts“ und die Parteileitung herunterzuziehen zu können), hatten wir ja ausdrücklich erwähnt.

Die Redaktion des „Vorwärts“ fühlt denn auch keinerlei Bedürfnis, auf Bernsteins Ausfälle irgend etwas zu entgegnen. Sie gibt hiermit nur dem angegriffenen Einsender der Parteinachrichtigen-Koliz in Nr. 147 „In ständiger Mauerung“ das Wort zur Erwiderung:

„Selbstverständlich lasse ich mich mit Bernstein in keinen Schimpf-Kampfs ein. Nur die einfache Tatsache möchte ich feststellen, daß er wieder einmal den Nachweis eines Fehlers mit einer ganz rüden persönlichen Anpöbelung beantwortet, und ich sehe mit Spannung der nächsten Gelegenheit entgegen, wo er wieder einmal über den schlechten Ton unter Parteigenossen lamentieren wird.“

Zur Sache kann nur konstatiert werden, daß Bernstein — ebenfalls wieder einmal — nicht zu lesen versteht. In seinem neuen Artikel hat er geschrieben:

„Wir wüßten auch, daß, wenn die plutokratische und kerisale Landtagsmehrheit gesprengt werden sollte, es beim Dreifachwahlsystem nur durch eine Verständigung mit dem Freisinn möglich war.“

In jenem älteren (nur um drei bis vier Wochen älteren!) hat er nachgewiesen, daß der Freisinn genau so reaktionär ist, wie die anderen bürgerlichen Parteien auch. Das steht in den von mir zitierten Stellen, die ich nicht noch einmal wiederholen mag. Daraus folgt für jeden, der denken kann, daß auch durch eine Verständigung mit dem Freisinn die plutokratische und kerisale Landtagsmehrheit nicht hätte gesprengt werden können. Denn ob konservativ oder liberal, das ist auf Grund von Bernsteins damaligen Feststellungen ganz egal. Ob hierin ein Widerspruch liegt oder nicht, das überlasse ich dem Urteil der „Vorwärts“-Leser.

Endlich ist es ein schwerer Irrtum, wenn Bernstein einen Widerspruch zu konstruieren sucht zwischen meinen Ausführungen und denen der „Leipziger Volkszeitung“. Es ist der „L. V.“ nicht eingefallen, die richtigen Feststellungen in Bernsteins damaligen Artikel zu bekämpfen. Ganz im Gegenteil, sie freute sich darüber. Sie nannte (in Nr. 123 vom 30. Mai) das Urteil Bernsteins über das Verhalten des Freisinns ein „sehr richtiges“. Sie schrieb: „Bekanntlich soll mehr Freude sein über einen reinigen Sänder, denn über neumundneuzung Gerechte“, sie freute sich der besseren Einsicht Bernsteins“, sie schrieb: „Allo Schippel (ebenfalls in den „Sozialist. Monatsheften“ vom 28. Mai) sowohl wie Bernstein sind endlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß auf den Freisinn absolut kein Verlaß ist, und Bernstein insbesondere malt aus, daß der Freisinn nicht etwa nur beim Wahlrecht, sondern in der gesamten Politik nichts weiter als ein Helfershelfer der Reaktion sein werde.“

Allo soweit es sich um die damalige Beurteilung des Freisinns durch Bernstein handelt, bräute die „L. V.“ ihr volles Einverständnis aus. Und nur darauf kommt es im gegenwärtigen Zusammenhang an. Was die „L. V.“ bekämpft, ist eine Forderung Bernsteins, trotzdem und allem eine Unterscheidung zu machen zwischen unverlässigen und unzuverlässigen Freisinnigen und Leute wie Gothein, Potthoff usw. bei der Wahl zu unterstützen. Auch darin hat die „L. V.“ nach meiner Ueberzeugung vollkommen recht, aber für die jetzige Erörterung kommt es darauf gar nicht an, denn wenn Bernstein jetzt schreibt, man hätte eine Verständigung mit dem Freisinn suchen müssen, so kann er dabei doch nicht Leute wie Potthoff im Auge haben, der gerade in der heutigen Nummer

der „Freisinnigen Jg.“ (Nr. 151 vom 30. Juni) wie ein schon halt ausgehohenes rühdiges Schaf behandelt wird; sondern kann laut er doch nur eine Verständigung mit den maßgebenden Kreisen der freisinnigen Partei meinen; sonst wäre doch alles überhaupt nur leeres Geschwätz. Eine solche Verständigung aber hat er selbst vor vier Wochen nicht nur als unmöglich, sondern auch als zwecklos nachgewiesen.“

Das „Hamburger Echo“ bemerkt zu unserem Artikel „Die Verdrossenen“:

„Einen Artikel, der wirklich einmal geschrieben werden mußte, bringt heute der „Vorwärts“. Nicht wegen der Bedeutung der „Sozialistischen Monatshefte“ an sich, aber wegen der Wirkung, die die Ausschachtung der Produkte ihrer systematisch betriebenen Lamentier- und Mänonierbeschäftigung durch die kapitalistische Presse auf ungenügend informierte Parteigenossen übt, drucken wir den „Vorwärts“-Artikel ab. Er lautet: (folgt vollständig unser Artikel.)“

Der „Lübecker Volksbote“ druckt den Artikel gleichfalls mit den dem „Hamburger Echo“ entnommenen Einleitungsworten ab. Das „Casseler Volksblatt“ schreibt:

„Die Verdrossenen. Unter dieser Ueberschrift befaßt der „Vorw.“ sich nach langer Zeit wieder einmal mit den „Soz. Monatsheften“ bezw. mit den Ausführungen verschiedener Genossen in diesem Blatte. Diese Genossen sind Ed. Bernstein und der Herausgeber der „Soz. M.“ J. Bloch, der als ziemlich angesehener Herr unter der Hand noch seinen Doktor haute und die hohe Bedeutung, die er dem bürgerlichen Titel- und Würdenholzpuls beilegt, dadurch bekundet, daß er von dem Tage ab, da ihm das Dokortdiplom ausgefertigt worden ist, tatsächlich als „Dr.“ J. Bloch seine rot gefesteten Wändchen herausgibt. Diese beiden Genossen kritisieren die Haltung des „Vorwärts“ während des Landtagswahlkampfes und tabeln namentlich das schroffe Verhalten des „Vorwärts“ dem Freisinn gegenüber. Es gäbe im Freisinn doch immerhin noch Leute, mit denen man disputieren könne.“

„die die Blockpolitik nur mit halbem Herzen mitmachen. Diesen Elementen galt es Mut einzusprechen, ihnen den Rücken zu steifen, es ihnen möglich zu machen, in der eigenen Partei die Verständigung mit der Sozialdemokratie überzeugend zu verfechten.“

So wärtlich Bernstein. Und sein Freund Dr. Bloch ist ähnlicher Meinung. Es ist bedauerlich, daß der „Vorwärts“ überhaupt Namen verschweigen mußte, um solche schier unverstündliche Raibität zu beleuchten. Schließlich wäre es den beiden Genossen lieber gewesen, wenn der „Vorwärts“ auf die 2/3 anständigen Freisinnigen mehr Rücksicht genommen hätte als auf die Kowenbigkeit, den proletarischen Massen keinen Wein einzuschmecken, ihnen zu zeigen, wie erbärmlich heruntergekommen der Freisinn ist; das war mit eine Hauptaufgabe der Presse während der nun hinter uns liegenden Wahlkampagne. Daß der „Vorwärts“, mit dessen Haltung — wie männiglich bekannt — wir keineswegs immer einverstanden gewesen sind, während der Landtagswahlkampagne seine Klinge brillant geführt hat, das beweist doch wohl am besten der Erfolg in Berlin. Und den wollen wir uns durch die Revitenlektüre in den bei den Gegnern so beliebten Dr. Josef Blochs „Monatsheften“ nicht vereiteln lassen. Nach den Erfahrungen, die wir im Laufe der Zeit mit dem sogenannten Freisinn gemacht haben, halten wir es geradezu für unbillig, unserer Partei immer wieder zumuten, irgendwelche Rücksicht auf jene Gesellschaft zu nehmen. Gibt es anständige und ehrlich gesinnte Männer unter dem Freisinn, dann sollen sie den Mugdanejen, Wieneriden und Kopfschisten den Rücken lehren, bleiben sie bei ihnen, dann müssen sie sich auch gefallen lassen, von uns mit derselben Seife gewaschen zu werden wie ihre „Führer“.

Die „Leipziger Volksztg.“ bemerkt:

„Mit Recht tut der „Vorwärts“ diese Redensarten mit dem trockenen Worte ab: einfach milderderregend, was sich übrigens das Organ des Genossen Eisner sofort durch Privattelegramm nach Nürnberg melden läßt. Was aus diesen Ausführungen spricht, ist die Seele des Revisionismus selber, der das langsame Reifen der Verhältnisse nicht abwarten kann und ihnen durch „Kunst“, durch „weibliche Politik“ und andere Staatsmännereien nachhelfen will. Es ist genau die gleiche Auffassung, die der Genosse Eisner nach dem Wahlsieg des Jahres 1908 verriet, als er

Kleines feuilleton.

Eine kerisale Demonstration für Gewissensfreiheit. Bekanntlich hat die pfälzische Repetiererei nach der Reformation auch bei den Anhängern des neuen Glaubens Eingang gefunden, und zu den Scheiterhaufen, die zu Ehren des römischen Glaubens rauchten, gesellten sich auch reformierte Autodafés, wenngleich der Wettbewerb mit den routinierten Dominikanern natürlich nicht gelingen mochte. Die französischen Kerisalen, die sich auf die um ihrer Religion willen Verfolgten hinauspielen, seitdem die Republik ihren Geistlichen keinen Gehalt mehr zahlt, sind nun auf den Gedanken gekommen, die jüngere Konkurrenzfirma beim Substitut dadurch anzuschwächen, daß sie die Verfolgungswut der Calviner durch ein Denkmal in den Straßen von Paris illustrieren. Der Gedanke, der von dem alten Rochefort ausgegangen ist, hat vor allem den Vorzug der Billigkeit. Ein kleines Monument mit passender Aufschrift ist jedenfalls wohlfeiler, als ein Inferat auf der vierten Seite des „Matin“ und braucht nur einmal eingerückt zu werden. Der erwähnte Märtyrer des katholischen Glaubens konnte kaum ein anderer sein als Michel Servet, ein Gelehrter, der auf Befehl Calvins verbrannt worden ist. Der Gemeinderat gab nach einigem Schwanken seine Zustimmung und sogar eine Subvention und am nächsten Sonntag wird in Montrouge die Enthüllung mit kerisalem Lamtam stattfinden. Paris hat jetzt — nach den von den Freidenkern errichteten Monumenten Etienne Dolet's und des Chevaliers la Barre — das dritte Denkmal eines auf den Scheiterhaufen gebrachten Opfers des religiösen Fanatismus. Wenn die verschiedenen Glaubens- und Unglaubensrichtungen in den gegenseitigen Anfeindungen derart fortfahren, wird die Aufklärung sicher davon profitieren, weniger aber der Straßenverkehr und wohl auch die Festheit der Straße. Nebstgen erinnert die Aufwärmung des im Jahre 1558 angefeindeten Scheiterhaufens stark an die Anecdote von dem Wanne, der eines Tages einen jüdischen Bekannten in tiefer Betrübniß antraf und, als er auf seine erbaunte Frage die Antwort bekam: „In diesem Tage ist Jerusalem zerstört worden, verwundert sagte: Und da weinen Sie heute noch?“

Der Rauch von London. Ein Gemeindefest von fast sieben Millionen Personen, die auf einem verhältnismäßig kleinen Flächenraum zusammengedrängt sind und alles, was Lebensmittel heißt, von außerhalb einführen müssen — das ist London! Wenn London belagert werden könnte, wie 1871 Paris belagert wurde, würden die Londoner fast augenblicklich von einer entsetzlichen Hungersnot bedroht werden. Alles, was London ist, muß aus der Provinz, aus dem Auslande, von den Antipoden sogar herbeigeschafft werden. Millionen von Leuten in der ganzen Welt können das Korn und züchten das Vieh, das London zu seinem täglichen Lebensunterhalte braucht. Das Korn kommt zum größten Teile von den reichen Ebenen Kanadas, die Milch von den fetten Tristen der Grafschaft Somerset, der Hoyer für die britische Nationalsuppe („porridge“) aus den Vereinigten Staaten. Der Speck („bacon“) ist holländischen Ursprungs, die Eier liefert Dänemark, die Butter

die Normandie, den Kaffee Indien. Die „Daily Mail“, die sich mit dem Problem der Ernährung der Riesstadt beschäftigt, läßt die Produkte, die täglich aus die Londoner Märkte kommen, Reue passieren. Ueber die Umsätze des Gemüses und Obstmarktes von Covent-Garden hat man keine genaue Statistik, da der Herzog von Bedford, der Eigentümer von Covent-Garden, jede daraus bezügliche Angabe verweigert; man hat jedoch schätzungsweise festgestellt, daß London täglich 3000 Tonnen Kartoffeln, 750 000 Kohlköpfe und ungefähr 90 000 Liter Erbsen und Bohnen ist. Der Riesenbauch von London verschlingt ferner 1 125 000 Liter Milch, die jede Nacht mit schier endlosen Eisenbahnzügen ganz frisch eintrifft. Einen Zentralmarkt für die Milch gibt es nicht. Wenn die Milchzüge auf den zahllosen Stadtbahnhöfen ankommen, wird die Milch, die in großen, beinahe kegelförmigen Metallbehältern transportiert wird, von Hunderten von Wagen und Lastautomobilen aufgenommen und den Wiederverkäufern zugeführt. Es sei noch erwähnt, daß jeden Tag in London 3 000 000 Pfundbrote konsumiert werden; nicht mitgerechnet ist das Weiß- oder Roggenbrot.

Das im Erdwachs begrabene Mammut. In Kalizien bilden die großen Lager von Erdwachs oder Okerit einen ungewöhnlich eigenartigen Gegenstand des Bergbaues, der jetzt durch paläontologische Funde noch ein ganz neues Interesse erhalten hat. Es ist dort nämlich bei Starunia in einer Tiefe von 15 Metern die Leiche eines Mammut's gefunden worden. Die Arbeiter waren begrifflichweise auf ein solches nicht vorbereitet, und daher wurden die Reste leider beim Herausbringen in erheblichem Grade beschädigt. Erst nachdem ihr einzigartiger Wert erkannt worden war, wurden genaue Zeichnungen zur vorläufigen Behandlung an die Arbeiter erlassen. Diese Maßnahmen haben sich belohnt, denn bald darauf kam in einer zwei Meter größeren Tiefe der Kopf und das übrige Vorderteil eines Rhinoceroses zum Vorschein, die in gutem Zustand geborgen wurden. Diese Funde sind für jene Gegend unerhört. Mammutreste mit Ueberbleibseln von Haut und Fleisch sind bisher überhaupt nur im Eise Sibiriens gefunden worden. Die Erhaltung dieser Tiere in den Erdwachs-lagern ist so zu erklären, daß sie in dem bei der Bildung dieser Lager an der Oberfläche befindlichen Sumpfen versunken und dann durch Erdöl und Salze konserviert worden sind. Die Reste des Mammut's, darunter eine Rippe mit noch anhängenden Weichteilen, sind für ein Privatmuseum in Lemberg angekauft worden. Ueber den Verbleib des Rhinoceroses schweben noch Verhandlungen, die möglicherweise zu einem Verkauf an das große Museum für Naturgeschichte in London führen werden. Der Fund des Rhinoceroses ist nach einer Mitteilung der Wochenschrift „English Mechanic“ übrigens besonders wichtig, weil es eine andere Art zu sein scheint, als die in Sibrien mit dem Mammut gemeinsam vorkommt. Außerdem sind im Erdwachs noch Reste anderer Säugetiere, einige Vögel, Amphibien und Molusken entdeckt worden.

Humor und Satire.

— Aus einer Schallkonferenz. „Meine Herren! Nach Mitteilungen der Tagespresse hat sich der Schiller der Oberprima unserer Anstalt kurz von Ehrenfest vor einigen Tagen erschossen.

Meine Herren! Ich möchte Sie bitten, dieser verabscheuungswürdigen Tat eine angemessene Strafe folgen zu lassen. Der Verworfene hat drei Tage lang ohne Entschuldigung gefehlt, also insgesamt achtzehn Lehrtunden veräußert; ich beantrage dafür die doppelte Anzahl, also sechshunddreißig Stunden Korzer. Ich bitte, ihm außerdem in Vertragen und in Religion die Note „vier“ zu erteilen. Endlich hat er gegen einen Paragraphen der Schulordnung verstoßen, sodas seines Bleibens auf unserer Anstalt unmöglich länger sein kann: er hat nach sechs Uhr abends ohne Begleitung Erwachsener das Elternhaus verlassen. Um aber eine derartige, von größter sittlicher Verworfenheit zeugende Tat in der Folge zu verhüten, stelle ich den Antrag, in die Schulordnung noch einen besonderen Paragraphen einzufügen, wonach der Selbstmord den Schülern unserer Anstalt unter allen Umständen verboten ist.“

— Auf Hintertreppen. Die Sparte (als Kolporteur): Endlich hat Vopa Scherl den richtigen Weg gefunden, um den kleinen Leuten die Groschen abzunehmen! („Lustige Blätter.“)

Notizen.

— Der Kölner Dom restaurationsbedürftig. Bei einer Baubesichtigung ergab sich, daß zwar nicht konstruktive Teile, wohl aber einzelne Gliederungen und besonders der Ornamentalschmuck am Kölner Dom sich in einem bedenklichen und gefährlichen Zustande befinden. Natürliche Verwitterung und die durch die Nähe des Bahnhofs bedingten atmosphärischen Einflüsse dürften zusammengewirkt haben. Erscheint bei vielen Nischen und Gliederungen die Haut des Gesteins noch erhalten, so zerbröckelt das Gestein doch schon bei geringerer Verwitterung. Die Erneuerung der zerstörten Steinhauerarbeiten ist nach der „Köln. Zeitg.“ so umfangreich, daß sie nicht eine schnell vorübergehende Erscheinung in der Geschichte des Dombaus sein wird. Die Kosten dafür lassen sich auch nicht annähernd berechnen; sicher aber ist, daß sie den anfänglichen Vorschlag weit übersteigen.

— Die geräuschlose Schreibmaschine. Aus Amerika kommt die Kunde von der Erfindung einer Schreibmaschine, mit der nahezu geräuschlos gearbeitet werden kann und bei der das Klappern und Klaffen des Apparates wegfällt. In New York, Chicago und Buffalo haben sich bereits Gesellschaften gebildet, die die industrielle Ausnutzung der neuen Erfindung betreiben werden. Die Methode, durch die das Geräusch der Schreibmaschine aufgehoben wird, wird einstweilen streng geheim gehalten. Erfindungen sind ja in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht dazu da, den Menschen zu nützen, sondern Geld einzubringen, wobei dann die Erfinder zumeist noch von den Kapitalisten betrogen werden.

— Das Hurrafschreien als Todesursache. Wie gefährlich das Hurrafschreien unter Umständen werden kann, zeigt ein Vorgang, der sich kürzlich auf dem republikanischen Vertretertag (Konvent) in Chicago abspielte. Ein Millionär aus Cincinnati namens Butler, der ein furchtbarer Rooketfest-Bereiter ist, bekam nach einer entsprechenden Rede einen Anfall im Hurrafschreien (huror patrioticus). Er schrie eine Viertelstunde und bald eine halbe Stunde und hörte erst auf, als er bewußtlos zusammengebrochen war. Am nächsten Tage war er tot. — Die Amerikaner sind den Preußen also sogar im Hurrafschreien über.

von dem Dreimillionensieg eine „Weltwende“ herdatieren wollte. Das aus dieser Eisenbahn „Weltwende“ nichts geworden ist, hat, wenn nichts anderes, so die Wahl von 1907 bewiesen. Und daß aus dieser Versteinlichen „weitblickenden Politik“ ebenfalls nichts anderes geworden wäre als eine Niesenblamage der Partei, darüber ist man sich außerhalb des Wälderbüchsen Blochgenossen in der gesamten Partei vollständig einig. Daran hindert auch die liebliche Methode der Revisionisten nichts, sich selber als Politiker der Tat, oder wie die „Frankfurter Tagespost“ heute schreibt, als Anhänger „aktiver Politik“, die anderen aber als Fortkürzer hinzustellen, die gedankenlos und selbstbeständig im Fahrwasser der Ereignisse dahinschwimmen. Und worin besteht nun die „weitsichtige“, die „aktive“ Politik Versteins? In einer „Verständigung“ mit dem Feindem dort, wo er am faulsten ist. In der Tat: diesmal hat das Parteibüro recht, das einen Artikel, den wir an anderer Stelle unferes Blattes wiedergeben, mit der Frage schließt: Gibt es wirklich noch Parteigenossen, die uns zumuten, mit solchem Lumpengefindel zu partieren?
Auf die Ausführungen der „Frankfurter Tagespost“ werden wir demnächst noch zurückkommen.

Eulenburg vor den Geschworenen.
Das Interesse des Publikums an diesem Prozeß hat schon merklich abgenommen und die noch immer zahlreich im Hause postierten Schwurgerichtshäuser aufrecht zu erhalten. Am 11. Juli eröffnete am Mittwoch Landgerichtsdirektor Kanzow die Sitzung. Sämtliche anwesende Zeugen wurden in den Saal gerufen; es befanden sich darunter mehrere, die bisher gefehlt hatten. Dem Vernehmen nach erhob sich vor Beginn der Verhandlung ein Geschworener, um namens seiner Kollegen der Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, daß trotz der von allen Seiten erlangten Mahnung zur Verschiebung, doch in der Presse Berichte über die hinter verschlossenen Türen sich abspielenden Vorgänge erschienen seien, von denen einzelne manches Unzutreffende und die öffentliche Meinung irreführende enthielten. Es liege, wie der Geschworene betonte, im Interesse der Geschworenen, den vielleicht auftauchenden Gedanken von sich abzuweisen, als ob solche in der Presse erscheinenden Berichte auf Indispositionen der Geschworenen zurückzuführen seien. Oberstaatsanwalt Dr. Jienbiel nahm im Anschluß hieran nochmals Anlaß, den Geschworenen und sämtlichen im Saale Anwesenden bringen und Herz zu legen, niemand außerhalb des Saales Mitteilungen über den Gang der Verhandlung zu machen. Er appellierte an sie als Gentleman und hoffte, daß dieser Appell nicht wirkungslos sein werde. Sollte aber jemand den Mund doch nicht halten können, so sollte wenigstens dafür gesorgt werden, daß der Presse richtiges mitgeteilt werde. In seinem Erstaunen habe er beispielsweise in einer hiesigen Zeitung in positiver Form die angebliche Aussage des Dieners Tande gelesen, die mit der wirklichen Aussage durchaus nicht im Einklang steht. Landgerichtsdirektor Kanzow richtete auch seinerseits nochmals das dringende Ersuchen an die Anwesenden, von allen Mitteilungen über die Interna des Prozesses Abstand zu nehmen. — Die meisten Zeugen wurden hierauf bis morgen entlassen. Vernommen sollen heute noch werden: Justizrat Verstein, Rechtsanwalt Prager, Oberlandesgerichtsrat Meyer, Milchhändler Riedel, Mäntchen, Fischer Jakob Ernst, der ehemalige Steward von der „Hohenjoller“ Trost und der ehemalige Schneidermeister sehige Rentier Schwulz-Berlin. Ob es zur Vernehmung eines Teiles dieser Zeugen kommen wird, ist zweifelhaft, denn die Vernehmung des Fürsten Eulenburg nahm noch die ganze Vormittagsitzung in Anspruch.

Aus der Frauenbewegung.
Wahlrechtskampf in England.
Am Dienstag, den 30. Juni 1908, fand in London eine große Demonstrationssammlung der Frauenrechtlerinnen auf dem Parlaments-Square vor dem Parlamentsgebäude statt. Die Kundgebung war bei weitem erfrischter als die früheren. 29 Frauen wurden verhaftet. Die ungeheure Menschenmenge konnte nur mit großer Mühe von der berittenen Polizeitruppe und der Polizei zu Fuß vor ernstlichen Ausschreitungen zurückgehalten werden. Später machten die Frauenrechtlerinnen einen Angriff auf die Amtswohnung des Premierministers Asquith und schlugen die Fenster ein. Hierbei wurden zwei Verhaftungen vorgenommen.
Das muß man den Frauen lassen, sie verfolgen ihr Ziel mit jähher Hartnäckigkeit. Aber man darf auch annehmen, daß, wenn sie sich ein Sonderrecht erkämpft haben, sie dieses nachher mit eben solcher Zähigkeit und Hartnäckigkeit verteidigen werden. Und deshalb wäre die Eroberung eines beschränkten Frauenwahlrechts nicht nur für die proletarischen Frauen, sondern für die gesamte Arbeiterbewegung ein Dankesgegenstand. Und deshalb für die bürgerlichen Frauen und deren Bestrebungen ins Zeug zu legen, haben wir gar keine Veranlassung. Wie wenig die Damen daran denken, für ihre proletarischen Geschlechtsgenossinnen zu kämpfen, erhellet genügend aus der Tatsache, daß sie in den 80 Jahren des Bestehens politischer Rechte in der Kommune auch noch nicht einen Finger gerührt haben, um dieses Recht auch ihren rechtlosen Geschlechtsgenossinnen teilhaftig werden zu lassen. Die Spuren der Damenfonderrrechte sprechen!

Teget-Vorfälle. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein veranstaltet in den Ferien für die Kinder der arbeitenden Bevölkerung dieser Orte zweimal wöchentlich, am Dienstag und Freitag von 2-6 Uhr, Spiele im Walde. Treffpunkt 2 Uhr nachmittags für Teget: August-Müller-Straße am Marktplatz. Für Vorfälle: Schubart-Straße, Ecke Gruststraße. Beginn der Spiele am Freitag, den 10. Juli.
Wittmoos, den 8. Juli: Dampferpartie nach Papenberge. Treffpunkt Dampferstation Teget 9 Uhr vormittags. Regie Beteiligung an beiden Veranstaltungen erwartet. Der Vorstand.

Freie Volksbühne
Die alten Mitgliedskarten sind behufs Erneuerung zum Umtausch spätestens am Tage nach der Juli-Generalsammlung abzugeben. Der Zutritt zur Juli-Generalsammlung ist nur gegen Vorzeigung der alten Mitgliedskarte gestattet. Desgleichen sind im Monat Juli alle Umschreibungen in andere Zahlstellen zu bewirken.
Freitag, den 3. Juli, abends 8¹/₂ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:
Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes
Revisionsbericht 2. Diskussion. 3. Neuwahlen des Vorstandes, Ausschusses, der Revisoren und Obleute der Ordner. 4. Verschiedenes.
241/8 Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Passage-Theater.
Der größte Saisonenerfolg
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen und die neuen Juli-Spezialitäten.
Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.
Schweizer Garten.
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Reu: Biccards komische Pantomime: Die Einbrecher von New York.
Jeden Abend Berlin steht Kopf.
10 Uhr: Urkomische Gesangsposse von L. Esh. Volksbelustigungen. Kinematograph. Jeden Mittwoch: Kindertheater.

Theater.
Donnerstag, den 2. Juli.
Anfang 7¹/₂ Uhr.
Reneß (gl. Opertheater. Don Juan.
Anfang 8 Uhr.
Festliches. Die Dreilgrün.
Kammerstücke. Weibstem.
Reneß. Nächte im Hampton-Klub.
Schops.
Reneß Schauspielhaus. Die Dollarpfingst.
Kleines. 2 x 2 = 5.
Berliner. Raffles.
Kaufhaus. Die Maue Maus.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
König für einen Tag.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Diebin.
Thalia. Der Mann mit dem Monocle.
Wespen. Ein Walztraum.
Bernhard Wofe. Im Hause der Sünde.
Metropol. Das muß man seh'n.
Hypoth. London Suburbia. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vollge. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.
Carl Haberlaub. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. Anf. 7 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.
WINTERGARTEN
Ununterbrochenes ständiges Laufen! 10 Uhr:
London Suburbia.
Szenen aus Londons Vorstädten. Große Burlesk-Pantomime, ausgef. v. Bert Bernards Orig. Komp. Vorher 8 Uhr: Die neuen Attraktionen u. „Die süßen Orisetten“.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und Südschweden.
WINTERGARTEN
Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 8 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren — die Hälfte.

Freie Volksbühne
Die alten Mitgliedskarten sind behufs Erneuerung zum Umtausch spätestens am Tage nach der Juli-Generalsammlung abzugeben. Der Zutritt zur Juli-Generalsammlung ist nur gegen Vorzeigung der alten Mitgliedskarte gestattet. Desgleichen sind im Monat Juli alle Umschreibungen in andere Zahlstellen zu bewirken.
Freitag, den 3. Juli, abends 8¹/₂ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:
Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes
Revisionsbericht 2. Diskussion. 3. Neuwahlen des Vorstandes, Ausschusses, der Revisoren und Obleute der Ordner. 4. Verschiedenes.
241/8 Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Passage-Theater.
Der größte Saisonenerfolg
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen und die neuen Juli-Spezialitäten.

Walhalla.
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bei schön. Witterung in Theater.
Neues Programm.
Anf. der Vorstellung 8 Uhr. Anf. des Gartenfests 7 Uhr. Kleine Preise.

Theater.
Donnerstag, den 2. Juli.
Anfang 7¹/₂ Uhr.
Reneß (gl. Opertheater. Don Juan.
Anfang 8 Uhr.
Festliches. Die Dreilgrün.
Kammerstücke. Weibstem.
Reneß. Nächte im Hampton-Klub.
Schops.
Reneß Schauspielhaus. Die Dollarpfingst.
Kleines. 2 x 2 = 5.
Berliner. Raffles.
Kaufhaus. Die Maue Maus.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
König für einen Tag.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Diebin.
Thalia. Der Mann mit dem Monocle.
Wespen. Ein Walztraum.
Bernhard Wofe. Im Hause der Sünde.
Metropol. Das muß man seh'n.
Hypoth. London Suburbia. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vollge. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.
Carl Haberlaub. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. Anf. 7 Uhr.
Urania. Taubenstraße 18/49.
Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.
Sternwarte, Invalidenstr. 67/69.

Lustspielhaus.
Sommerpreise. Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.
Metropol-Theater
Zum 285. Male:
Das muß man seh'n.
Reue in 12 Bildern v. Gef. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauschen gestattet.

Vielen Kranken ein großer Segen!
F. R. not. cand. in Stuttgart schreibt: Solange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch. Ich bin stets müde und abgemagert gewesen, hatte, obgleich ich blutarm war, immer roten Blut und sah aus wie der Tod. Ich nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Kaminheber Stahlbrunnen: schon nach der 5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends um 10 Uhr zu Bett legte, war ich nicht so müde als früher, wenn ich morgens aufwachte.
Dr. D. in Klausthal: Mit großer Freude teile ich Ihnen mit, daß mich Ihr Kaminheber Stahlbrunnen von meinem mich seit langen Jahren quälenden Rheumaliden befreit hat. Alles ging ohne Berufsänderung; meine Gesundheit hat sich nicht nur gebessert, sondern ich bin jetzt vollständig hergestellt.
Gedelnrat Prof. Dr. med. L.: Deutschland besitzt in dieser Eisenquelle einen Heilschah ersten Ranges, der es verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden.
Barm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Herzerkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, u. D. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten wie Influenza usw. — Broschüren kostenlos durch: Kaminheber Stahlbrunnen in Düsseldorf W. 164.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Sanssouci.
Kellbuser
Strasse 8.
Direktion Wilhelm Keimer.
Der Garten ist geöffnet.
Deuts. Donnerstag:
Ständiger Erfolg!
Berliner Sänger
Durchweg neues Programm,
erklärt die Künstler und
Tanzfränzchen.
Beginn Sonntags 5, wochentl. 8 Uhr.

Berliner Theater.
Täglich: Raffles.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.

London Suburbia.
Szenen aus Londons Vorstädten. Große Burlesk-Pantomime, ausgef. v. Bert Bernards Orig. Komp. Vorher 8 Uhr: Die neuen Attraktionen u. „Die süßen Orisetten“.

Schweizer Garten.
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Reu: Biccards komische Pantomime: Die Einbrecher von New York.
Jeden Abend Berlin steht Kopf.
10 Uhr: Urkomische Gesangsposse von L. Esh. Volksbelustigungen. Kinematograph. Jeden Mittwoch: Kindertheater.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Variétésterne.
Beste von Weyfel.
Meysel als
Saharret.
Britton als
Isadora Duncan.
Anf. Donnerstags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Theater des Westens.
Abend 8 Uhr:
Ein Walztraum.
Operette von Oskar Strauß.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
8 Uhr. Schauspielhaus. 8 Uhr.
Sommerpielzeit u. Leistung v. G. Pfl.
Die Diebin. (Leah Kleschna).
Sensationschauspiel in 4 Akten von
G. R. S. Mc. Vellan.
Freitag: Die Diebin.
Sonntag: Die Diebin.

Abwechslungsreiches Programm
von
Publikum und Presse glänzend beurteilt.
Brunnen-Theater
Dachstraße 68. Direkt.: Will Voigt.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
Karl Braun, Revue- und Bühnen-Künstler.
Mirz v. Wenzl, Tischtänzer.
Paul Coradini.
Gründung 2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

Volksgarten-Theater
am Bahnhof Gesundbrunnen.
Donnerstag, den 2. Juli 1908:
Das neue Juli-Programm.
Großes Brillant-Feuerwerk.
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Die Welt ein Paradies
große Ausstattung-Revue und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochentl. 4¹/₂ Uhr.
Im Saale: Täglich gr. Ball.
Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Spreelottchen.
Bolsplatz aus dem Berliner Leben.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.
Im Saale von 5 Uhr ab:
Tanz.

Schiller-Theater O.
(Wagner-Theater.) Wagners Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
König für einen Tag.
Romische Oper in 3 Akten. Text von H. Demery u. Besel. Musik v. A. Adam.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Waffenschmied.
Sonntag, abends 8 Uhr:
König für einen Tag.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Baumstr. 16
Das vollst. neue Juli-Programm!
Karl Coon, Komiker. Mr. Neubort!
9 Uhr: Wenn der Flieder blüht.
Volksbad in 3 Akten. Musik von Richter.
Anf. 6 Uhr. Kaffeeküche 3-6 Uhr.
Sonntag: Das Recht der Mutter.

Andreas-Garten.
Andreasstr. 26. Andreasstr. 26.
Restauration. Empfehle meine neu renovierten Räume zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Fremdenlogis, Regalbau, Garten, ff. Bier, gute Speisen u. Getränke, Mittagstisch von 60 Pf. an bei Bier. 32710
Jeden Sonntag TANZ bei freiem Zutritt
Es ladet freundlichst ein Der Herr F. Herkowski.

Teilzahlung Woche 1 M.
ohne Anzahlung
Feinster Konzert-Schalophon.
Orchester-Musik, Gesang, humorist. Vorträge, naturgetreue Wiedergabe, 42 H. an; zwei Jahre Garantie, von große 25 cm. Doppelplatten für alle Grammophone, zwei Stücke spielend, nur gegen Cassa 2 M. franko.
Illustr. Katalog u. Verzeichnis Nr. 76 gratis.
Wiederverkäufer Engros-Preise.
Schalophon-Ges., Hamburg 36

Bernhard Rose Theater
Str. Anhalterstr. 132.
8 Uhr. Sommerpreise.
Im Hause der Sünde
(Um eine Weibchen).
Ein Drama des Ehemanns in vier Akten von Maximilian Braun.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13-15.
Virtuöse Leitung: Bernhard Lange.
Täglich: Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Mittwoch: Kinderfest.
Donnerstag: Elite-Tag.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13-15.
Virtuöse Leitung: Bernhard Lange.
Täglich: Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Mittwoch: Kinderfest.
Donnerstag: Elite-Tag.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Phanomen Cigaretten
Devis: Qualität ist die beste Empfehlung.

Arnold Scholz. **Neue Welt.** Hasenheide 103-114.
Donnerstag, den 2. Juli: Elite-Tag!
Großes Doppelkonzert
 und **Gala-Vorstellung.**
 Die größte Sommer-Sensation Berlins:
Mr. Gadbin II.
 tollkühner Sturz aus der 6. Etage.
 Geschw. D'Orvilles, die fliegenden Menschen.
Monster-Feuerwerk
Tanz-Reunion.
 Anfang des Konzerts 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater
 Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
 Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Das neueste u. beste Programm Berlins
 Wochentags Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.
 Sonntags Anfang 3 Uhr. Entree 30 Pf.
Großer Ball. Kaffeefache. Vollbelustigungen aller Art.

Mütter!
 Was ist auf Bibliotheks
 Marken zu verkaufen
 in Einkäufen möglich!
 Von den feinsten Briefarten
 in Deutschland herkömmt
 gegeben von Rudolf Presber,
 sind es 36 Bände
 sind es 36 Bände
 sind es 36 Bände
Kilde
 Neue Gesellschaft der Bücherfreunde
 Berlin SW., Anhalterstraße 14, L.

Baustellen und Landparzellen
 R. von 4 Mark an
 nahe
Bahn. Fredersdorf
 Auskunft täglich im Pavillon
 am Bahnhof und bei 34912
Nieschalke & Nitsche
 Berlin, Neue Königsstr. 16.
Zahn-Klinik. Preise
 beliebige Teil-
 zahlung.
 Olga Jacobson,
 Invaliden-
 straße 145.

Zur Beleuchtung von Gärten
 und Veranden
Spiritus-Glühlicht
 Lampen u. Brenner
 vollkommen windsicher.
 Centrale für Spiritus-Verwertung
 Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.
 Illustrierte Preisliste kostenlos!

Fahrräder billiger! Direkt ab
 Fabrik.
 Neue Fahrräder 40.-, 45.-, 50.-
 in eleganter
 Ausführung.
 10jährige
 Garantie 75 Pf.
 Zahlungen 1.50,
 2.50, 3.50, 4.50,
 5.50, 6.50,
 7.50, 8.50, 9.50,
 10.50, 11.50, 12.50,
 13.50, 14.50, 15.50,
 16.50, 17.50, 18.50,
 19.50, 20.50, 21.50,
 22.50, 23.50, 24.50,
 25.50, 26.50, 27.50,
 28.50, 29.50, 30.50,
 31.50, 32.50, 33.50,
 34.50, 35.50, 36.50,
 37.50, 38.50, 39.50,
 40.50, 41.50, 42.50,
 43.50, 44.50, 45.50,
 46.50, 47.50, 48.50,
 49.50, 50.50, 51.50,
 52.50, 53.50, 54.50,
 55.50, 56.50, 57.50,
 58.50, 59.50, 60.50,
 61.50, 62.50, 63.50,
 64.50, 65.50, 66.50,
 67.50, 68.50, 69.50,
 70.50, 71.50, 72.50,
 73.50, 74.50, 75.50,
 76.50, 77.50, 78.50,
 79.50, 80.50, 81.50,
 82.50, 83.50, 84.50,
 85.50, 86.50, 87.50,
 88.50, 89.50, 90.50,
 91.50, 92.50, 93.50,
 94.50, 95.50, 96.50,
 97.50, 98.50, 99.50,
 100.50, 101.50, 102.50,
 103.50, 104.50, 105.50,
 106.50, 107.50, 108.50,
 109.50, 110.50, 111.50,
 112.50, 113.50, 114.50,
 115.50, 116.50, 117.50,
 118.50, 119.50, 120.50,
 121.50, 122.50, 123.50,
 124.50, 125.50, 126.50,
 127.50, 128.50, 129.50,
 130.50, 131.50, 132.50,
 133.50, 134.50, 135.50,
 136.50, 137.50, 138.50,
 139.50, 140.50, 141.50,
 142.50, 143.50, 144.50,
 145.50, 146.50, 147.50,
 148.50, 149.50, 150.50,
 151.50, 152.50, 153.50,
 154.50, 155.50, 156.50,
 157.50, 158.50, 159.50,
 160.50, 161.50, 162.50,
 163.50, 164.50, 165.50,
 166.50, 167.50, 168.50,
 169.50, 170.50, 171.50,
 172.50, 173.50, 174.50,
 175.50, 176.50, 177.50,
 178.50, 179.50, 180.50,
 181.50, 182.50, 183.50,
 184.50, 185.50, 186.50,
 187.50, 188.50, 189.50,
 190.50, 191.50, 192.50,
 193.50, 194.50, 195.50,
 196.50, 197.50, 198.50,
 199.50, 200.50, 201.50,
 202.50, 203.50, 204.50,
 205.50, 206.50, 207.50,
 208.50, 209.50, 210.50,
 211.50, 212.50, 213.50,
 214.50, 215.50, 216.50,
 217.50, 218.50, 219.50,
 220.50, 221.50, 222.50,
 223.50, 224.50, 225.50,
 226.50, 227.50, 228.50,
 229.50, 230.50, 231.50,
 232.50, 233.50, 234.50,
 235.50, 236.50, 237.50,
 238.50, 239.50, 240.50,
 241.50, 242.50, 243.50,
 244.50, 245.50, 246.50,
 247.50, 248.50, 249.50,
 250.50, 251.50, 252.50,
 253.50, 254.50, 255.50,
 256.50, 257.50, 258.50,
 259.50, 260.50, 261.50,
 262.50, 263.50, 264.50,
 265.50, 266.50, 267.50,
 268.50, 269.50, 270.50,
 271.50, 272.50, 273.50,
 274.50, 275.50, 276.50,
 277.50, 278.50, 279.50,
 280.50, 281.50, 282.50,
 283.50, 284.50, 285.50,
 286.50, 287.50, 288.50,
 289.50, 290.50, 291.50,
 292.50, 293.50, 294.50,
 295.50, 296.50, 297.50,
 298.50, 299.50, 300.50,
 301.50, 302.50, 303.50,
 304.50, 305.50, 306.50,
 307.50, 308.50, 309.50,
 310.50, 311.50, 312.50,
 313.50, 314.50, 315.50,
 316.50, 317.50, 318.50,
 319.50, 320.50, 321.50,
 322.50, 323.50, 324.50,
 325.50, 326.50, 327.50,
 328.50, 329.50, 330.50,
 331.50, 332.50, 333.50,
 334.50, 335.50, 336.50,
 337.50, 338.50, 339.50,
 340.50, 341.50, 342.50,
 343.50, 344.50, 345.50,
 346.50, 347.50, 348.50,
 349.50, 350.50, 351.50,
 352.50, 353.50, 354.50,
 355.50, 356.50, 357.50,
 358.50, 359.50, 360.50,
 361.50, 362.50, 363.50,
 364.50, 365.50, 366.50,
 367.50, 368.50, 369.50,
 370.50, 371.50, 372.50,
 373.50, 374.50, 375.50,
 376.50, 377.50, 378.50,
 379.50, 380.50, 381.50,
 382.50, 383.50, 384.50,
 385.50, 386.50, 387.50,
 388.50, 389.50, 390.50,
 391.50, 392.50, 393.50,
 394.50, 395.50, 396.50,
 397.50, 398.50, 399.50,
 400.50, 401.50, 402.50,
 403.50, 404.50, 405.50,
 406.50, 407.50, 408.50,
 409.50, 410.50, 411.50,
 412.50, 413.50, 414.50,
 415.50, 416.50, 417.50,
 418.50, 419.50, 420.50,
 421.50, 422.50, 423.50,
 424.50, 425.50, 426.50,
 427.50, 428.50, 429.50,
 430.50, 431.50, 432.50,
 433.50, 434.50, 435.50,
 436.50, 437.50, 438.50,
 439.50, 440.50, 441.50,
 442.50, 443.50, 444.50,
 445.50, 446.50, 447.50,
 448.50, 449.50, 450.50,
 451.50, 452.50, 453.50,
 454.50, 455.50, 456.50,
 457.50, 458.50, 459.50,
 460.50, 461.50, 462.50,
 463.50, 464.50, 465.50,
 466.50, 467.50, 468.50,
 469.50, 470.50, 471.50,
 472.50, 473.50, 474.50,
 475.50, 476.50, 477.50,
 478.50, 479.50, 480.50,
 481.50, 482.50, 483.50,
 484.50, 485.50, 486.50,
 487.50, 488.50, 489.50,
 490.50, 491.50, 492.50,
 493.50, 494.50, 495.50,
 496.50, 497.50, 498.50,
 499.50, 500.50, 501.50,
 502.50, 503.50, 504.50,
 505.50, 506.50, 507.50,
 508.50, 509.50, 510.50,
 511.50, 512.50, 513.50,
 514.50, 515.50, 516.50,
 517.50, 518.50, 519.50,
 520.50, 521.50, 522.50,
 523.50, 524.50, 525.50,
 526.50, 527.50, 528.50,
 529.50, 530.50, 531.50,
 532.50, 533.50, 534.50,
 535.50, 536.50, 537.50,
 538.50, 539.50, 540.50,
 541.50, 542.50, 543.50,
 544.50, 545.50, 546.50,
 547.50, 548.50, 549.50,
 550.50, 551.50, 552.50,
 553.50, 554.50, 555.50,
 556.50, 557.50, 558.50,
 559.50, 560.50, 561.50,
 562.50, 563.50, 564.50,
 565.50, 566.50, 567.50,
 568.50, 569.50, 570.50,
 571.50, 572.50, 573.50,
 574.50, 575.50, 576.50,
 577.50, 578.50, 579.50,
 580.50, 581.50, 582.50,
 583.50, 584.50, 585.50,
 586.50, 587.50, 588.50,
 589.50, 590.50, 591.50,
 592.50, 593.50, 594.50,
 595.50, 596.50, 597.50,
 598.50, 599.50, 600.50,
 601.50, 602.50, 603.50,
 604.50, 605.50, 606.50,
 607.50, 608.50, 609.50,
 610.50, 611.50, 612.50,
 613.50, 614.50, 615.50,
 616.50, 617.50, 618.50,
 619.50, 620.50, 621.50,
 622.50, 623.50, 624.50,
 625.50, 626.50, 627.50,
 628.50, 629.50, 630.50,
 631.50, 632.50, 633.50,
 634.50, 635.50, 636.50,
 637.50, 638.50, 639.50,
 640.50, 641.50, 642.50,
 643.50, 644.50, 645.50,
 646.50, 647.50, 648.50,
 649.50, 650.50, 651.50,
 652.50, 653.50, 654.50,
 655.50, 656.50, 657.50,
 658.50, 659.50, 660.50,
 661.50, 662.50, 663.50,
 664.50, 665.50, 666.50,
 667.50, 668.50, 669.50,
 670.50, 671.50, 672.50,
 673.50, 674.50, 675.50,
 676.50, 677.50, 678.50,
 679.50, 680.50, 681.50,
 682.50, 683.50, 684.50,
 685.50, 686.50, 687.50,
 688.50, 689.50, 690.50,
 691.50, 692.50, 693.50,
 694.50, 695.50, 696.50,
 697.50, 698.50, 699.50,
 700.50, 701.50, 702.50,
 703.50, 704.50, 705.50,
 706.50, 707.50, 708.50,
 709.50, 710.50, 711.50,
 712.50, 713.50, 714.50,
 715.50, 716.50, 717.50,
 718.50, 719.50, 720.50,
 721.50, 722.50, 723.50,
 724.50, 725.50, 726.50,
 727.50, 728.50, 729.50,
 730.50, 731.50, 732.50,
 733.50, 734.50, 735.50,
 736.50, 737.50, 738.50,
 739.50, 740.50, 741.50,
 742.50, 743.50, 744.50,
 745.50, 746.50, 747.50,
 748.50, 749.50, 750.50,
 751.50, 752.50, 753.50,
 754.50, 755.50, 756.50,
 757.50, 758.50, 759.50,
 760.50, 761.50, 762.50,
 763.50, 764.50, 765.50,
 766.50, 767.50, 768.50,
 769.50, 770.50, 771.50,
 772.50, 773.50, 774.50,
 775.50, 776.50, 777.50,
 778.50, 779.50, 780.50,
 781.50, 782.50, 783.50,
 784.50, 785.50, 786.50,
 787.50, 788.50, 789.50,
 790.50, 791.50, 792.50,
 793.50, 794.50, 795.50,
 796.50, 797.50, 798.50,
 799.50, 800.50, 801.50,
 802.50, 803.50, 804.50,
 805.50, 806.50, 807.50,
 808.50, 809.50, 810.50,
 811.50, 812.50, 813.50,
 814.50, 815.50, 816.50,
 817.50, 818.50, 819.50,
 820.50, 821.50, 822.50,
 823.50, 824.50, 825.50,
 826.50, 827.50, 828.50,
 829.50, 830.50, 831.50,
 832.50, 833.50, 834.50,
 835.50, 836.50, 837.50,
 838.50, 839.50, 840.50,
 841.50, 842.50, 843.50,
 844.50, 845.50, 846.50,
 847.50, 848.50, 849.50,
 850.50, 851.50, 852.50,
 853.50, 854.50, 855.50,
 856.50, 857.50, 858.50,
 859.50, 860.50, 861.50,
 862.50, 863.50, 864.50,
 865.50, 866.50, 867.50,
 868.50, 869.50, 870.50,
 871.50, 872.50, 873.50,
 874.50, 875.50, 876.50,
 877.50, 878.50, 879.50,
 880.50, 881.50, 882.50,
 883.50, 884.50, 885.50,
 886.50, 887.50, 888.50,
 889.50, 890.50, 891.50,
 892.50, 893.50, 894.50,
 895.50, 896.50, 897.50,
 898.50, 899.50, 900.50,
 901.50, 902.50, 903.50,
 904.50, 905.50, 906.50,
 907.50, 908.50, 909.50,
 910.50, 911.50, 912.50,
 913.50, 914.50, 915.50,
 916.50, 917.50, 918.50,
 919.50, 920.50, 921.50,
 922.50, 923.50, 924.50,
 925.50, 926.50, 927.50,
 928.50, 929.50, 930.50,
 931.50, 932.50, 933.50,
 934.50, 935.50, 936.50,
 937.50, 938.50, 939.50,
 940.50, 941.50, 942.50,
 943.50, 944.50, 945.50,
 946.50, 947.50, 948.50,
 949.50, 950.50, 951.50,
 952.50, 953.50, 954.50,
 955.50, 956.50, 957.50,
 958.50, 959.50, 960.50,
 961.50, 962.50, 963.50,
 964.50, 965.50, 966.50,
 967.50, 968.50, 969.50,
 970.50, 971.50, 972.50,
 973.50, 974.50, 975.50,
 976.50, 977.50, 978.50,
 979.50, 980.50, 981.50,
 982.50, 983.50, 984.50,
 985.50, 986.50, 987.50,
 988.50, 989.50, 990.50,
 991.50, 992.50, 993.50,
 994.50, 995.50, 996.50,
 997.50, 998.50, 999.50,
 1000.50, 1001.50, 1002.50,
 1003.50, 1004.50, 1005.50,
 1006.50, 1007.50, 1008.50,
 1009.50, 1010.50, 1011.50,
 1012.50, 1013.50, 1014.50,
 1015.50, 1016.50, 1017.50,
 1018.50, 1019.50, 1020.50,
 1021.50, 1022.50, 1023.50,
 1024.50, 1025.50, 1026.50,
 1027.50, 1028.50, 1029.50,
 1030.50, 1031.50, 1032.50,
 1033.50, 1034.50, 1035.50,
 1036.50, 1037.50, 1038.50,
 1039.50, 1040.50, 1041.50,
 1042.50, 1043.50, 1044.50,
 1045.50, 1046.50, 1047.50,
 1048.50, 1049.50, 1050.50,
 1051.50, 1052.50, 1053.50,
 1054.50, 1055.50, 1056.50,
 1057.50, 1058.50, 1059.50,
 1060.50, 1061.50, 1062.50,
 1063.50, 1064.50, 1065.50,
 1066.50, 1067.50, 1068.50,
 1069.50, 1070.50, 1071.50,
 1072.50, 1073.50, 1074.50,
 1075.50, 1076.50, 1077.50,
 1078.50, 1079.50, 1080.50,
 1081.50, 1082.50, 1083.50,
 1084.50, 1085.50, 1086.50,
 1087.50, 1088.50, 1089.50,
 1090.50, 1091.50, 1092.50,
 1093.50, 1094.50, 1095.50,
 1096.50, 1097.50, 1098.50,
 1099.50, 1100.50, 1101.50,
 1102.50, 1103.50, 1104.50,
 1105.50, 1106.50, 1107.50,
 1108.50, 1109.50, 1110.50,
 1111.50, 1112.50, 1113.50,
 1114.50, 1115.50, 1116.50,
 1117.50, 1118.50, 1119.50,
 1120.50, 1121.50, 1122.50,
 1123.50, 1124.50, 1125.50,
 1126.50, 1127.50, 1128.50,
 1129.50, 1130.50, 1131.50,
 1132.50, 1133.50, 1134.50,
 1135.50, 1136.50, 1137.50,
 1138.50, 1139.50, 1140.50,
 1141.50, 1142.50, 1143.50,
 1144.50, 1145.50, 1146.50,
 1147.50, 1148.50, 1149.50,
 1150.50, 1151.50, 1152.50,
 1153.50, 1154.50, 1155.50,
 1156.50, 1157.50, 1158.50,
 1159.50, 1160.50, 1161.50,
 1162.50, 1163.50, 1164.50,
 1165.50, 1166.50, 1167.50,
 1168.50, 1169.50, 1170.50,
 1171.50, 1172.50, 1173.50,
 1174.50, 1175.50, 1176.50,
 1177.50, 1178.50, 1179.50,
 1180.50, 1181.50, 1182.50,
 1183.50, 1184.50, 1185.50,
 1186.50, 1187.50, 1188.50,
 1189.50, 1190.50, 1191.50,
 1192.50, 1193.50, 1194.50,
 1195.50, 1196.50, 1197.50,
 1198.50, 1199.50, 1200.50,
 1201.50, 1202.50, 1203.50,
 1204.50, 1205.50, 1206.50,
 1207.50, 1208.50, 1209.50,<

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 4. d. M. veranstaltet die Firma Paragon, Kassenblock u. Co. in Weihenstephan, Lehdorferstraße 20/21, für ihr Personal eine Dampferpartie nach „Waldenburger Mühle“.

Folgende Lokale stehen und neu zur Verfügung: Reinickendorf, Dk., R. B.: „Zur Seeterrasse“, Zub. J. Zimmermann, Dramenburger Chaussee 60. Neudorf, R. B.: Restaurant „Zum Jägerheim“, Zub. Julius Schmolz. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Der 139./140. Bezirk hält am Freitag, den 3. Juli, 8 1/2 Uhr abends, bei Raabe, Fichtestr. 29, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen ab, zu der um zahlreiches Erscheinen gebeten wird.

Sechster Wahlkreis. Für den 11. Berliner Landtagswahlkreis findet am Freitag, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den „Parus-Eisen“, Müllerstraße 140 eine Volksversammlung statt, in welcher der Landtagsabgeordnete Heinrich Ströbel über die Entrechtung der preussischen Wähler referieren wird.

Neudorf. Am Sonnabend, den 4. Juli, findet in der „Neuen Welt“, Hasenheide, das Sommerfest des Bahlvereins statt. Der Vorstand hat durch Aufstellung eines reichhaltigen Programms dafür Sorge getragen, daß die Besucher auf ihre Kosten kommen.

Berliner Nachrichten.

Ein neues Volksbad.

In den nächsten Tagen wird wieder eine für die öffentliche Gesundheitspflege der Berliner Bevölkerung wichtige und nützliche Einrichtung, die städtische Volksbadeanstalt auf dem Wedding im Neubau vollendet und der allgemeinen Benutzung übergeben werden. Das Anstaltsgelände von 4970 Quadratmeter Fläche liegt an der Gerichstraße in unmittelbarer Nähe des Ringbahnhofer Wedding und ist durch die Straßenbahn von allen Punkten der Stadt aus leicht erreichbar.

Die Wilmersdorfer Untergrundbahn.

Die Herstellung einer Untergrundbahn in Wilmersdorf, der die dortige Stadtverordnetenversammlung, wie wir bereits berichteten, zugestimmt hat, hat für die Entwicklung des Groß-Berliner Verkehrsmeistens eine recht erhebliche Bedeutung.

Hoch- und Untergrundbahn für vier Stationsabschnitte auf 10 Pf. stellen und stofflich um je 5 Pf. für je weitere drei Stationen steigern. Bei diesen Fahrpreisen läme eine Fahrt vom Heidelberger Platz (Bahnhof Schmargendorf zum Alexanderplatz), die jetzt auf der Stadt- und Ringbahn 20 Pf. kostet, auf 30 Pf. zu sieben.

Schulschluß. Die Schulen in Berlin werden nächsten Freitag mittag um 11 Uhr geschlossen.

Weibliche Ärzte an den städtischen Irrenanstalten.

Die Deputation für die städtische Irrenpflege beschloß in ihrer Sitzung vom 30. Juni, auch weibliche Ärzte an den städtischen Irrenanstalten anzustellen und zwar zunächst versuchsweise je eine Assistentin für jede Anstalt.

Die anhaltende Dürre der letzten Wochen muß allmählich zu ernstem Bedenken Anlaß geben. Die Nachteile des fortdauernden Regenmangels machen sich bereits in verschiedener Hinsicht recht sehr fühlbar. Die sehr regenreiche Epoche des diesjährigen Frühjahrs schloß in Berlin am 30. Mai ganz plötzlich ab.

Zigarettenhändler und Ktuh-Ladenschluß.

Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Zigarettenhändler-Bundes schreibt uns:

In Nr. 149 vom 28. Juni 1908 Ihres w. Blattes beschäftigen Sie sich unter dem Titel „Zum Ktuh-Ladenschluß“ auch mit unserem Zigarettenhändler-Bund, den Sie als eine äußerst reaktionäre, arbeiterfeindliche Organisation bezeichnen.

Zu wiederholten Malen, zuletzt in Nr. 25 vom 21. Juni cr. unserer „Zigarettenhändler-Zeitung“, haben wir erklärt, daß wir nicht Gegner, sondern Anhänger des Ktuh-Ladenschlusses wären, wenn es gelingt, den Verkauf unserer Artikel nach Schluß der Geschäfte überhaupt zu verbieten.

Die Darlegungen können unsere Ansicht über den Charakter des Deutschen Zigarettenhändlerbundes in keiner Weise erschüttern. Der Ktuh-Ladenschluß ist ein Kulturfortschritt.

Ein weiterer Programmpunkt unseres Vereins ist die Bekämpfung des Ktuh-Ladenschlusses. In dieser Frage haben wir unsere Mitglieder bei der vor einiger Zeit von seiten der Handelsangehörigen vorgenommenen Abstimmung durch ein Flugblatt informiert und in schärfster Weise gegen diese Besprechungen Stellung genommen.

Wenn bei der eben geschlossenen Abstimmung über die Einführung des Ktuh-Ladenschlusses nicht die nötige Zahl an Stimmen für den Ktuh-Ladenschluß eingekommen sein sollten, dann haben die Mitglieder des oben genannten Bundes, die entsprechend ihrem Programm nach uns gewordenen Mitteilungen auch diesmal fast ausschließlich gegen den Ktuh-Ladenschluß gestimmt haben, ihr redlich Teil dazu beigetragen, daß dieser Kulturfortschritt für Berlin noch länger hinausgeschoben wird.

Ausdrücklich bemerkt sei, daß nicht alle Zigarettenhändler dem Bunde angehören und den von dem geschäftsführenden Ausschuß eingenommenen Standpunkt teilen. Der Zentralverband der Zigarettenhändler Berlins und Umgegend steht auf dem Boden des Ktuh-Ladenschlusses, und ermahnt uns darauf hinzuweisen, daß er mit dem Bunde nicht identisch ist.

Marineagitation auf der Schulbank.

Da im Deutschen Reich die Schwärmerei für Kolonialpolitik und Flottenvermehrung sich unter den selber denkenden Erwachsenen nicht nach Wunsch verbreiten will, so bemüht man sich, wenigstens in die Köpfe einfältiger Schulkinder die Verberzeugung hineinzupflanzen, daß die deutschen Kolonien ein wertvoller Besitz seien und zu ihrem Schutze eine starke Kriegsmarine nötig sei.

artigen Opus, das uns bis dato unbekannt geblieben war. Er übersendet uns ein Diarium, in das dieser „Kolonial-Katechismus“ als Zugabe hineingeheftet worden ist, damit die lernbegierige Jugend ihn täglich und stündlich vor Augen habe. Man weiß, daß manche Hefefabrikanten ihren Schulheften gern ein paar bedruckte Blätter einfügen, die allerlei nützliche Weisheit predigen, gute Lehren über Gesundheitspflege und ähnliches.

Zum erstenmal in Betrieb genommen wurde gestern die neue städtische Straßenbahn, vom Stettiner Bahnhof bezw. Wedding, später Girkow-Krankenhaus bis zur Landsberger Allee. Die Trasse haben wir kürzlich bereits ausführlich mitgeteilt.

Aus dem Straßenverkehr.

Mehrere schwere Straßenunfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet. Gegen 2 Uhr nachmittags stolzte der Schiffsleger Krüger, Woblerstraße 12 wohnhaft, den Fahrdamm der Provinzialstraße überfahren. Er trat dabei auf eine achsel fortgeworfene Kiste, glitt aus und fiel so unglücklich zwischen Vorder- und Hinterrad eines in demselben Augenblick vorbeifahrenden Geschäftswagens, daß ihm das Hinterrad über die linke Seite hinwegging.

Die neue Kreisbahn Spandau-Bölow ist am gestrigen Tage streckenweise dem Betriebe übergeben worden, nachdem vorgestern die eisenbahnähnliche Abnahme der jetzt fertiggestellten Baustraße stattgefunden hat.

Durch siedenden Teer verbrüht. Ein bedauerndwertiger Unglücksfall wurde gestern mittag durch ein durchgehendes Pferd eines Schlächterwagens am Magdeburger Platz herbeigeführt. An der dortigen Markthalle hielt das mit Eis beladene Fuhrwerk des Schlächtermeisters Arnold Sturaw aus der Hauptstraße zu Schönberg.

Ein Wiederaufnahmeverfahren gegen einen zum Tode verurteilten und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten Angeklagten beschäftigt zurzeit die Gerichte. Am 12. Juni 1902 wurde das Haus Neue Hofstr. 2 zum Schauplatz eines blutigen Verbrechens. Durch Hausbewohner wurde der Kriminalpolizei Mitteilung gemacht, daß die im zweiten Stockwerk wohnhafte Ehefrau des Fabrikarbeiters Paul Lippe, die von ihrem Manne getrennt lebte, seit einigen Tagen verschwunden war.

Ein Wiederaufnahmeverfahren gegen einen zum Tode verurteilten und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten Angeklagten beschäftigt zurzeit die Gerichte. Am 12. Juni 1902 wurde das Haus Neue Hofstr. 2 zum Schauplatz eines blutigen Verbrechens. Durch Hausbewohner wurde der Kriminalpolizei Mitteilung gemacht, daß die im zweiten Stockwerk wohnhafte Ehefrau des Fabrikarbeiters Paul Lippe, die von ihrem Manne getrennt lebte, seit einigen Tagen verschwunden war.

antrag wurde nunmehr stattgegeben und Termin anberaumt. Dieser konnte aber nicht abgehalten werden, da es sich herausstellte, daß Lippe inoffiziell aus der Arrenanstalt Herzberge entflohen war. Dem Vernehmen nach soll sich Lippe, wahrscheinlich unter falschem Namen, unangefochten in Berlin aufhalten und hier in Arbeit stehen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind bisher nach dieser Richtung hin ohne jeden Erfolg geblieben.

Feuerwehrbericht. Wegen eines gefährlichen Kellerbrandes erfolgte gestern ein Alarm nach der Dorotheenstr. 23, wo besonders die Pfeifen brannten. Der Qualm war so enorm, daß die Mannschaften mit Rauchschutzapparaten ausgerüstet werden mußten. Durch kräftiges Wassergeben konnten schließlich die Flammen auf den Keller beschränkt werden. In der letzten Nacht stand vor dem Hause Bismarckstr. 24 ein Automobil in Flammen. Gleichzeitig beschäftigte ein Tischlereibrand in der Prinzenstr. 37 längere Zeit die Wehr. In der Köpenicker Str. 21 brannten in einem Bureau Regale, Schächeln usw. und in der Waldemarstr. 15 in einer Leistenfabrik Späne, Körbe u. a. Ferner hatte die Wehr in der Großen Frankfurter Str. 56 und 77 zu tun, wo in zwei Wohnungen Feuer ausgebrochen war. Außerdem hatte die Wehr noch an verschiedenen Stellen zu tun, u. a. in der Hiebertstr. 8, Waldstr. 13, Marienburger Str. 32, Voedtsstr. 46, Palaststr. 17 sowie auf mehreren Güterbahnhöfen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute Donnerstagsabend 9 Uhr: 3. Abteilung in Schöneberg bei Bielow, Grünwaldstraße 110; 4. Abteilung in Lichtenberg bei Beckmann, Samariterstraße 11; Vortrag über Verbrennungen, Erfrierungen usw.; 5. Abteilung in Rigdorf bei Zühl, Bergstraße 151; Vortrag über Knochenbrüche, Verrenkungen und Verstauchungen. Nach den Vorträgen praktische Übungen.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Die Stadtverordneten hatten in ihrer außerordentlichen Sitzung am Dienstagabend eine umfangreiche, teils recht wichtige Tagesordnung zu bewältigen. Rechtsbestoweniger führte die Ferienstimmung zu einer Erledigung derselben, die dem Sitzungstempo nahe kam. Fast sämtliche Punkte, welche der öffentlichen Beratung vorbehalten waren, fanden debattielose Annahme.

Nach der Vorlage des Magistrats wird der Rathausneubau am 1. November fertiggestellt sein. Die Einweihung desselben, in dem der neue Sitzungssaal untergebracht ist, soll in dem gleichen Monat zugleich mit der Jahrhundertfeier der Städteordnung erfolgen. Nähere Einzelheiten dazu arbeitet eine Magistratskommission aus.

In Verfolg eines Stadtverordnetenbeschlusses vom 18. September 1908 ist der Magistrat mit dem Eisenbahnsystem in Unterhandlung getreten, um neben der Unterführung der Straße 90 auch eine solche für den Schiffahrtkanal unter der Bahnlinie Rigdorf-Baumshulentweg zu bekommen. Ferner sollte bei dieser Gelegenheit die Bahnunterführung für die verlängerte Kaiser-Friedrich-Straße sichergestellt werden. Die Verhandlungen haben zu günstigen Resultaten geführt, so daß nunmehr der Vertrag mit dem Fiskus geschlossen werden soll. Die Stadt hat zu den entstehenden Kosten eine Beihilfe von 422.750 M. zu leisten.

Für den Bau der neuen städtischen Badeanstalt liegen Entwurf und Kostenanschlag vor. Die Beratung darüber wird bis zur ersten Sitzung nach den Ferien vertagt, nachdem die nötigen Bohrungen für die anzulegenden Tiefbrunnen abgeschlossen sind. Die Kosten für dieselben in Höhe von 12.000 M. werden genehmigt.

Für einen Erweiterungsbau der Mädchenmittelschule in der Berliner Straße fordert der Magistrat 150.000 M. Die Entnahme dieser Summe aus Anlehnmitteln bewilligt die Versammlung.

Am Realgymnasium in der Kaiser-Friedrich-Straße unterrichtet ein französischer Lehramtsassistent. Die für dessen Weiterbildung im Winterhalbjahr 1908 nötigen Mittel von 600 M. werden bereitgestellt.

Eine Maßnahme besonders nützlicher Art liegt in dem Antrage des Magistrats, beim Bau einer Umkleekabinenstationationsleitung zu bauen, um den bei Gewitterregen an dieser Stelle üblichen Überschwemmungen vorzubeugen. Die Kosten sind auf 2.000 M. veranschlagt. Die Versammlung stimmt dem Plane zu.

Das Abkommen mit der Mittelländer Kleinbahn-Gesellschaft über Kreuzung des Bahnkörpers innerhalb des 2. Rieselgutes mit Durchlässen, Rohrleitungen usw. wird gebilligt.

Die Regulierung der Straße 205 zwischen Hermann- und Seltstische und der Kaiser-Friedrich-Straße zwischen Dörberg- und Teupfer Straße soll im Sinne der getroffenen Abkommen erfolgen.

Zu einer kleinen Debatte führte die vorgelegte Skizze über die innere Einrichtung des neuen Sitzungssaales (Anordnung der Sitzreihen für die Stadtverordneten, Anlage der Juchtribüne usw.). Nach einer sofort vorgenommenen Lokalbesichtigung genehmigte indessen die Versammlung den vom Stadibaurat Riehl beschriebenen Entwurf, nachdem dieser zugesagt hatte, einige Anregungen nochmals zu prüfen und eventuell zu berücksichtigen.

In der folgenden geheimen Sitzung wurden 3000 M. zur Einholung eines technischen Gutachtens über die zweckmäßige Weiterführung der von der Stadt Berlin geplanten Schnellbahn Koabit-Hermannplatz. Die Feststellungen sollen sich auf die Berliner und Bergstraße einerseits und die Kaiser-Friedrich-Straße andererseits als Trasse beziehen. — Der Ankauf des Elisabeth-Kinderhospitals in der Hasenheide wird beschlossen. Der Kaufpreis beträgt 650.000 M. Die Angebote der Grundstücke in Budow zu Friedhofszwecken und des Pottischen Grundstücks in der Leinestraße für Schulzwecke werden in ihrer vorliegenden Form abgelehnt, die ersteren endgültig, das letztere insofern nur bedingt, als den Veräußerer ein niedrigerer Preis als der geforderte geboten werden soll. — Nach Erledigung einiger Beamtenanstellungen war die Tagesordnung erschöpft und nach den üblichen Wünschen des Vorstehers für die Ferien wurde die Sitzung geschlossen.

Ein Monereinsturz in der Bergstraße gab vorgestern Abend Veranlassung zu übertriebenen Gerüchten. Das alte und schon ziemlich baufällige Haus Nr. 5 soll zu einem Geschäftshause umgebaut werden, was die Entfernung eines Teiles der Innenmauer und eine Umdübelung des Frontgemäuers erforderlich macht. Dienstag nachmittag brach nun plötzlich ein größerer Teil der Frontmauer zusammen und stürzte in die Tiefe, wo sich der Schutt auf dem Bürgersteige hochstürmte. Auf dem Gerüst befand sich in dem Augenblick des Einsturzes glücklicherweise nur ein Bauarbeiter, der mit in die Tiefe gerissen wurde, jedoch mit leichten Verletzungen davonkam. Er konnte, nachdem ihm auf der Unfallstation ein Verband angelegt worden war, nach seiner Wohnung entlassen werden. Der Einsturz soll durch die morsche Kalklage des alten Gebäudes verursacht worden sein. Der Weiterbau ist vorläufig polizeilich inhibiert.

Lichtenberg.

Unter sich selbst wollen die Herren vom Ausschuss des Kanalisationsverbandes für Lichtenberg-Mummelsburg. Magistrat und Stadtverordnete hatten sich zu einer Sitzung eingefunden, um die Wiederwahlen der vier Mitglieder und eines neuen Mitgliedes zum Ausschuss vorzunehmen. Die Tatsache, daß der bisherige Ausschuss noch nicht einmal Bericht über seine Tätigkeit erstattet hat, wäre an sich schon Grund genug gewesen, eine Änderung in der Auswahl der Mitglieder vorzunehmen. Doch weit gefehlt: Ein bereits vorher ausgegebener Stimmzettel nannte als die zu wählenden Mitglieder die bisher im Amte gewesenen vier Herren und als neues den Bahrer der Grundbesitzerinteressen, den Berliner Magistratssekretär Oskar Rott. Ein solches Verfahren mußten unsere 15 Genossen in der Stadtverordnetenversammlung als eine große Mißachtung und Provokation empfinden; sie lehnten es daher ab, im Saale zu verbleiben. Genosse Grauer erzwang sich mit

Mühe das Wort, um namens der sozialdemokratischen Fraktion gegen eine von nicht beschlußfähiger Versammlung vorgenommene Wahl zu protestieren. Gleichzeitig wies Redner darauf hin, daß die Herren über ihre Tätigkeit noch keinerlei Rechenschaft abgegeben hätten, obwohl dies in aller Öffentlichkeit bekannten Vorgänge der letzten Zeit dies unbedingt notwendig machten. Es mußte jedoch nicht. Die „Wahlen“ wurden bei beschlußfähigem Hause vorgenommen. So turbulent wie die Herren von Bildung den Anfang dieser „Wahlversammlung“ gehalten, so war auch das Ende. Es bedurfte eines ganz nachdrücklichen Eintretens unserer Genossen, ehe ein motivierter Protest zu Protokoll genommen wurde. Ein Verfahren auf Ungültigkeitserklärung dieses „Familientages“ wird von unseren Genossen betrieben werden.

Charlottenburg.

Aus Eifersucht erschlagen. Auf einem Holzplatz in der verlängerten Knobelsdorffstraße erschlug in der gestrigen Nacht der 33jährige Kutscher Eduard Riech den gleichalterigen Kutscher Buchholz. Riech wohnte mit seiner Familie im Hause Sophie-Charlotten-Straße 48 und hatte an Buchholz eine Schlafstelle vermietet. Als er eine siebenstündige Strafe verbüßt hatte, glaubte er, daß Buchholz in seiner Abwesenheit mit seiner Frau ein Liebesverhältnis angefangen habe. Um sich zu rächen, lauerte er in der Nacht dem vermeintlichen Störer seines Liebesglüdes auf und zertrümmerte ihm mit einem Ziegelstein den Schädel. Buchholz sank sofort bewußlos zusammen und wurde nach dem Krankenhaus transportiert, wo er kurz nach der Einlieferung starb. Der Täter wurde verhaftet.

Ein fester Zusammenstoß zwischen einer Automobilmaschine und einem Straßenbahnwagen der Linie P erfolgte gestern nachmittag an der technischen Hochschule. Der Unfall wurde durch einen Radfahrer verursacht. Der Führer der Automobilmaschine wollte dem Radfahrer ausweichen und warf dabei den Kraftwagen derart zur Seite, daß er an einen vorbeifahrenden Straßenbahnwagen herandrängte. Der Zusammenstoß war so stark, daß mehrere Fenster in Trümmer gingen. Die Insassen der Droschke trugen schmerzhaftes Schicksal davon und mußten die Hilfe der nächsten Anstalt in Anspruch nehmen. Außer Schnittwunden durch Glassplitter wurden bei ihnen auch Quetschungen am Oberkörper festgestellt.

Schöneberg.

Ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats, für notwendig anzusehende Erdarbeiten zur Errichtung des neuen Friedhofes und Anlage der neuen Stadtgärtnerei 80.000 M. zu bewilligen, wird abgelehnt, da die Mehrheit der Versammlung erst einen genauen Kostenanschlag für diese Arbeiten verlangt.

Der Antrag der liberalen Fraktion, in Schöneberg die Stelle eines Generalbormundes zu schaffen, wird zunächst einem Ausschuss überwiesen. Vom Magistrat wurde mitgeteilt, daß bereits die Vorarbeiten für diese Angelegenheit getroffen seien.

Der Vorlage betr. Anlage von Samudalfreien in der Hauptstraße zwischen Ringbahn und Friedenauer Grenze wurde zugestimmt.

Eine Petition der städtischen Arbeiter um Neuregelung ihrer Lohnverhältnisse wird dem Magistrat als Material überwiesen mit dem Ertrinken, dem Arbeiterausschuss über den Stand der Angelegenheit Kenntnis zu geben.

Betreffend der Petition der Gewerbegerichtsbeisitzer um Ueberlassung von Exemplaren der Zivilprozessordnung wird an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, jedem Gewerbegerichtsbeisitzer ein billiges Exemplar der Zivilprozessordnung zu verabfolgen und in den Sitzungen des Gewerbegerichts mehrere Exemplare mit Kommentar auszuliegen.

Für die Einrichtung eines Schul- und Spielplatzes auf einem der Stadtgemeinde gehörigen Grundstück in der Nähe der Gemeindeschule in der Röhrenstraße, werden 1200 M. bewilligt.

Dem Verein zur Förderung der Kunst wird auch für das Winterhalbjahr zur Veranstaltung von Volkserhaltungsbänden eine Aula nebst Heizung und Beleuchtung kostenfrei zur Verfügung gestellt. Ferner wird ein Betrag bis zu 500 Mark zur Deckung für ein sich aus den Veranstaltungen etwa ergebendes Ronto unter Festhaltung eines Einheitspreises für den Eintritt von 30 Pf. bewilligt.

Eine längere Debatte brachte das Bauprogramm für das neu zu errichtende Rathaus. Ein Versuch, die Sache nochmals hinauszufchieben, mißlang. Der Antrag, eine öffentliche Ausschreibung vorzunehmen, wurde abgelehnt und das ganze Projekt mit einigen kleinen Änderungen angenommen.

Anlässlich der der Wohlfahrtsdeputation zugewiesenen größeren Aufgaben wird eine Erweiterung der Deputation vorgenommen. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion wurde Stadtb. Wollermann hinzugewählt.

Treptow-Baumshulentweg.

Die letzte ordentliche zum beschriebenen Generalversammlung des Wahlvereins nahm Stellung zum Uebertritt der Frauen in den Wahlverein. Nachdem ein diesbezüglicher Antrag einstimmige Annahme gefunden, wurde die Frage der Trennung der Organisation erörtert. Gen. Mundt suchte aus Grund der zeitlichen Verhältnisse den Nachweis zu führen, daß Treptow und Baumshulentweg vollständig für sich arbeiten müßten. Es entspann sich hierüber eine lebhaftes Diskussion, in welcher die Genossen Karow, Rüdte, Wege und Breuß für, die Genossen Hoffmann, Gramenz, Jrenster und Dehm dagegen eintraten. Ein Antrag des Vorstandes, die Trennung des Wahlvereins zu vollziehen, wurde gegen 8 Stimmen angenommen. Die Abrechnung vom Reichstag ergab für Treptow eine Einnahme von 209,70 M. und eine Ausgabe von 140,15 M.; für Baumshulentweg steht einer Einnahme von 189,20 M. eine Ausgabe von 188,85 M. gegenüber.

Ober-Schöneweide.

Kinderspiele veranstalten wird nun in diesem Jahre während der Sommerferien der hiesige Arbeiter-Turnverein. Dieselben beginnen am Sonntag, den 12. Juli nachmittags 2 Uhr. Der Abmarsch erfolgt von den Sammelplätzen.

Infolge der Gründung eines Turnvereins in Nieder-Schöneweide, der sich als Abteilung der hiesigen „Freien Turnerschaft“ angeschlossenen hat, heißt der Verein fortan „Turnverein Obersee“.

Weiskensee.

Auf schreckliche Weise hat sich das 20jährige Hausmädchen Elisabeth Walter, das bei einer Frau D. in der Charlottenburger Straße 104 in Stellung war, das Leben genommen. Die Lebensmüde stürzte sich aus dem Fenster der dritten Etage auf die Straße hinab und blieb mit zerstückelten Gliedern auf dem Bürgersteig liegen. Im städtischen Krankenhaus, wo die Schwerverletzte Aufnahme fand, wurde festgestellt, daß sich die W. auch noch vergiftet hatte. Kurz nach ihrer Einlieferung erlag das junge Mädchen den schweren Verletzungen. Ueber das Motiv zu dem Selbstmord hatte die W. nichts verlauten lassen.

Mt.-Glienitz.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung genehmigte zunächst das Projekt für den Schulhausneubau. Das Schulhaus soll vier Stock hoch werden und 18 Klassenzimmer, Rektor- und Schuldienerwohnung, Aula und Vabereinrichtung erhalten. Auf dem Dach des Vorderhauses wird eine Plattform errichtet, die 20 Kindern Platz gewähren und zu Unterrichtszwecken benutzt werden soll. Gleich neben diesem Grundstück ist ein kleineres erworben worden, wodurch dem Antrag unserer Genossen auf Erbauung einer Gemeinde-Turnhalle Rechnung getragen ist. Die Kosten des Baues sind auf 300.000 M. veranschlagt. Zum 1. Juli hört bekanntlich die Omnibus-Verbindung nach dem Bahnhof auf. Die Terrangeseellschaft stellt nunmehr ihre Omnibusse zur Verfügung und der Haus- und Grundbesitzerverein, sowie die Gemeinde sollen monatlich je 100 M. zu-

schuß zahlen. Dadurch glaubt man eine halbständige Verbindung von morgens 7/8 bis abends 12 Uhr aufrecht erhalten zu können. Die Versammlung wählte zugleich eine Kommission, die beim Landrat den gegenwärtigen Mißstand zur Sprache bringen und zugleich Informationen einziehen soll, wann endlich mit dem Bau der Straßenbahn begonnen wird. Unsere Genossen kritisierten scharf, daß auf die Einwohnererschaft so wenig Rücksicht genommen wird. Die Verhandlungen über die Verkehrsfrage gehen bekanntlich bereits zwei Jahre.

Reinickendorf.

Die Leiche eines ertrunkenen Knaben ist vorgestern aus dem hiesigen Gießloch an der Dranienburger Chaussee gelandet worden. Es handelt sich, wie festgestellt wurde, um das vierjährige Söhnchen des Mechanikers Plegner. Der Kleine hatte am Ufer des Teiches gespielt und war dabei ins Wasser gestürzt. Da der Vorfall nicht beobachtet worden war, so mußte der Knabe hilflos ertrinken.

Mühlenbeck.

In der am Sonntag im Vörschischen Lokal hier selbst abgehaltenen Monatsversammlung des Wahlvereins, an welcher auch die Nieder-Schönhauser Genossen teilnahmen, wurde zunächst die in Zukunft einzuschlagende Agitation in Erwägung gezogen und beschlossen, daß alle diejenigen, welche bei der letzten Landtagswahl für uns gestimmt haben, als Mitglieder für den Wahlverein heranzuziehen seien. Aus dem Bericht über die Gemeindevertretung ist zu erwähnen, daß der Bau eines Spritzenhauses einschließlich Räume für die Freibad- und Unterbringung des Schwimmbogens im Angriff genommen werden soll, derselbe ist ausgeschrieben und wird an den Mindestfordernden vergeben. Die Gemeindeabrechnung und Entlastung des Mandanten konnte bis dato immer noch nicht erfolgen, indem der Gemeindevorstand dem Beschlusse der Vertreter, dieselbe schriftlich oder gedruckt letzteren zugehen zu lassen, nicht nachgegeben ist. — Die postalischen Zustände wurden ebenfalls einer berechtigten Kritik unterzogen, indem die frühere Kolonie Wollersdorf schon seit 11 Jahren der Gemeinde Mühlenbeck einverleibt ist, aber an den ersten Feiertagen mit Postbestellungen nicht bedacht wird; dasselbe gilt für Buchhorst, welches vom jetzigen Bestellungsbezirk nur 2 Minuten entfernt liegt, aber ebenfalls mit Mühlenbeck einen Gemeindebezirk bildet. Eine Beschwerde gegen die hiesige Agentur bei der zuständigen Behörde soll demnächst erfolgen. — Ein Mitglied mußte wegen rückständigem Beitrag und wegen mehrmaliger Nichtbeteiligung an den Gemeinde- und Landtagswahlen ausgeschlossen werden.

Potsdam.

Das kalte Bad hat wieder ein Opfer gefordert. Der Kanonier Schmidt von der 3. Batterie des 2. Garde-Feldartillerie-Regimentes wurde gestern beim Baden im Jungfernsee von Krämpfen befallen und verank in den Fluten. Seine Leiche wurde geborgen und nach dem Garnisonlazarett gebracht.

Vermischtes.

Der lenkbare Ballon des Grafen Zeppelin erschien Verner Meldung zufolge gestern 12 1/2 Uhr mittags über der Stadt Luzern, beschrieb über der Seebüch einen großen Bogen und fuhr dann weiter in der Richtung Weggen—Aähnacht. Um 1 1/2 Uhr fuhr er in nordöstlicher Richtung über den Zuger See hin. Die Volksmenge am See brachte den Inzassen des Ballons begeisterte Jubelungen dar. Kurz vor 2 1/2 Uhr steuerte er über die Stadt Zürich hinweg, fuhrte dort einige Evolutionen aus und wandte sich dann nach Norden.

Das Urteil gegen die des Nordes an ihrem Bräutigam angeklagte Bürgermeisterstochter Grete Weier wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch vom Schwurgericht zu Freiburg i. S. gefällt. Es lautet: Die Angeklagte Bürgermeisterstochter Margarete Weier wird wegen Nordes zum Tode und wegen schwerer Urkundenfälschung zu der höchsten zulässigen Strafe und unter Einrechnung der bereits erkannten 6 Jahre Zuchthaus zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Außerdem mußte auf dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Tragung der Kosten erkannt werden.

Grete Weier nahm das Urteil ruhig und gefaßt entgegen. Nachdem sie einige Worte mit dem Verteidiger gewechselt und sich durch Händedruck von ihm verabschiedet hatte, ließ sie sich widerstandslos abführen.

Der Verteidiger der zum Tode Verurteilten, Rechtsanwalt Dr. Knoß, wird gegen das Urteil des Freiburger Schwurgerichts keine Revision einlegen. Dagegen wird er ein Gnadengeuch einreichen. Die Geschworenen hatten sich schon im Geschworenenzimmer entschlossen, ebenfalls ein Gnadengeuch einzureichen. Da dies aber genehmigt nicht zulässig ist, haben sie sich infolge dessen einstimmig bereit erklärt, das Gnadengeuch des Verteidigers zu bekräftigen. Die Geschworenen nehmen an, daß auch der Vertreter des sächsischen Justizministeriums, der den Verhandlungen von Anfang bis zu Ende beizugohnte, das Begnadigungsgesuch bekräftigen wird.

Ein starkes Erdbeben wurde nach einer Meldung aus Brancalione (Calabrien) gestern früh in Brancalione, Bruzzano, Ruffino, Ferruzano und anderen Ortschaften Calabriens verspürt. In Gerace Marina begann das Erdbeben um 3 Uhr 20 Min. und dauerte vier Sekunden.

Das von Bodo (Norwegen) gemeldete Erdbeben von vorgestern morgen wurde, wie aus Hamburg berichtet wird, deutlich von den Apparaten der dortigen Hauptstation für Erdbebenforschung verzeichnet. Der Beginn der Störung lag bei 6 Uhr 0 Min. 18 Sek., ihre Dauer belief sich auf 6 Minuten.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen. Bezirk NO. Heute abend 9 Uhr in „Kadunas Klubhaus“, Landsberger Straße 85: Vortrag der Frau Meyer: „Der Ausfall der preussischen Landtagswahl“.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Heute abend 7,10 Uhr: Generalversammlung Rosenfelder Straße 11/12.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perückenmacher-Gehilfen. Heute abend 10 Uhr Steinhilfstr. 2.

Antiklerikal Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zuluzr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zuluzr mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise auf Geflügel: Zuluzr mäßig, Geschäft ruhig, Preise dehauptet. Fische: Zuluzr mäßig, jedoch genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Zuluzr über Bedarf, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 30. 6.	am 29. 6.	Wasserstand	am 30. 6.	am 29. 6.
	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾
Remel, Elbe	132	0	Saale, Großh.	106	-8
Bregel, Jutzhorn	7	0	Havel, Spandau ²⁾	63	+2
Wegfel, Horn	50	-6	Rathenow ³⁾	124	-4
Oder, Ratibor	80	-3	Spree, Spremberg ²⁾	86	0
• Krossen	70	-5	• Westow	124	-2
• Frankfur	73	-2	• Weser, Minden	-66	0
• Barthe, Schinn	9	-3	• Minden	14	-6
• Landsberg	-4	-2	• Rhein, Maximiliansau	469	-10
• Rube, Vordamm	-11	+2	• Raab	283	-11
• Elbe, Lützmerg	-50	-6	• Rbin	278	-13
• Dresden	-162	-10	• Redar, Weidheim	48	-11
• Torg	99	-3	• Rain, Westheim	115	-10
• Magdeburg	104	-2	• Josef, Trier	49	-4

1) + bedeutet Zufluß, — Fall, — 2) Unterpegel.

Wetterprognose für Donnerstag, den 2. Juli 1908. Trocken und vorwiegend heiter, am Tage warm bei schwachen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.